

# Newsletter



## **efas-Preisträgerin Tina Wang**

„Bildungsungleichheit und die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts in Deutschland“ ..... 2

**Wegbereiterinnen der ökonomischen Geschlechterforschung: Mascha Madörin** ..... 5

**Aktuelles**..... 9

Feminist Economics in Times of Trump: A Letter from the States ..... 9

„Gleichstellung in der sozial-ökologischen Transformation“ – Was (nicht) im Vierten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung steht\* ..... 11

**Aktuelle Statistik**..... 13

Mind the (Gender) Gap – Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen im Mehrsäulensystem 13

In tarifgebundenen Betrieben ist der Gender Pay Gap kleiner..... 15

**Publikationen**..... 16

Rezension: Sundermeier, Janina (2024): „It just seems that they don’t act like men“ zu Geschlechterrollenstereotypen im Gründungskontext..... 16

Rezension: Social Entrepreneurship in Deutschland. Handbuch für Wissenschaft und Praxis von Philipp Kenel/ Jennifer Eschweiler/ Helga Hackenberg/ Michael Wihlenda (Hg.) Bielefeld. Utb/ Transcript Verlag), 2025, 326 S. .... 18

Rezension: Wir kümmern uns – Diskussionsbeiträge zum sorgenden Staat im neuen Wirtschaftsmagazin SURPLUS ..... 20

Hinweise auf interessante Neuerscheinungen ..... 22

Elgar Encyclopedia on Gender in Management ..... 22

Nützliche Datenquelle für internationale Vergleiche zur Gleichstellung ..... 23

**efas-Aktivitäten** ..... 23

Tagungsbericht *efas*-Jahrestagung 2024 ..... 23

Liebe Abonentinnen des *efas*-Newsletters,

Sie halten heute den neusten *efas*-Newsletter in Händen bzw. eben nicht in Händen, er ist nur noch online verfügbar. Eine Print-Version wird es nicht mehr geben, wir haben uns entschieden, keine gedruckte Version mehr zu produzieren. Wir hoffen, dass auch die Anhänger:innen gedruckter Erzeugnisse in diesem Newsletter interessante Beiträge finden und freuen uns über Rückmeldungen aller Art!

Für die Redaktion Sünne Andresen, Friederike Maier und Josephine Aman

## efas-Nachwuchsförderpreis für Tina Wang

efas-Preisträgerin 2024 für die Bachelorarbeit:  
„Bildungsungleichheit und die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts in Deutschland“<sup>1</sup>

Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs haben Migrationsbewegungen die demografische Zusammensetzung vieler Industrieländer kontinuierlich verändert. Zahlreiche Menschen haben ihre Heimat verlassen, in der Hoffnung, sich und ihren Nachkommen in einem neuen Land ein besseres Leben zu ermöglichen. Bei ihrer Ankunft sehen sich Migrant:innen jedoch häufig mit Nachteilen auf dem Arbeitsmarkt konfrontiert, beispielsweise aufgrund von Sprachbarrieren oder einer geringeren Passgenauigkeit ihrer Ausbildung im Aufnahmeland (Algan et al., 2010). Und obwohl diese Schwierigkeiten für ihre im Zielland geborenen Kinder eigentlich nicht mehr gelten sollten, zeigen Studien, dass diese in europäischen Ländern in Bezug auf Bildungs- und Arbeitsmarktergebnisse hinter Kindern ohne Migrationshintergrund zurückfallen (z. B. Algan et al., 2010 für Deutschland, Frankreich und das Vereinigte Königreich).

So waren 14- bis 34-jährige Einwandererkinder<sup>2</sup> in Deutschland im Jahr 2020 deutlich häufiger

von Arbeitslosigkeit betroffen als ihre Gleichaltrigen mit in Deutschland geborenen Eltern (9,9 % gegenüber 4,0 %) (OECD/European Commission, 2023). Ähnliche Unterschiede zeigen sich auch bei der Betrachtung von Bildungsabschlüssen. So haben 27,8% der 25- bis 34-jährigen Personen mit indirektem Migrationshintergrund in Deutschland einen niedrigen Bildungsstand, also maximal einen Abschluss nach neun oder zehn Schuljahren, während dies nur 10,7 % ihrer Altersgenoss:innen ohne Migrationshintergrund betrifft. Die Lücke ist damit deutlich größer als im EU-Durchschnitt (17,1 gegenüber 6,6 Prozentpunkten). Zwar wurden in Deutschland in den letzten zehn Jahren erhebliche Fortschritte erzielt und die Nachkommen von Eingewanderten scheinen aufzuholen, dennoch stellt die Bildungsungleichheit zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund – insbesondere im Vergleich zu anderen europäischen Ländern – weiterhin ein großes Problem dar. Es ist daher essenziell, die für diese Ungleichheit verantwortlichen Mechanismen zu verstehen, um Maßnahmen entwickeln zu können, die die Integration von Einwandererkindern fördern.

Eine in diesem Zusammenhang häufig diskutierte Stellschraube ist der Zugang zur Staatsbürgerschaft. Ihre Liberalisierung ist eine vergleichsweise kostengünstige Integrationsmaßnahme und bringt vor allem für Personen, die sonst keine EU-Staatsbürgerschaft hätten, zahlreiche Vorteile auf dem Arbeitsmarkt mit sich. Beispielsweise dürfen nur EU-Bürger:innen als Beamt:innen im öffentlichen Dienst arbeiten. 1999 wurde in Deutschland eine Reform verabschiedet, die den Zugang zur Staatsangehörigkeit für Kinder mit indirektem Migrationshintergrund erheblich

erleichterte. Während diese zuvor bei Geburt nur dann die deutsche Staatsangehörigkeit erhielten, wenn mindestens ein Elternteil die deutsche Staatsbürgerschaft besaß („Abstammungsprinzip“), erhalten mit dieser Reform Kinder, die nach dem 1. Januar 2000 geboren werden, unter bestimmten Voraussetzungen automatisch bei Geburt die deutsche Staatsbürgerschaft – unabhängig von der Staatsangehörigkeit der Eltern („Geburtsortprinzip“). Erste Studien haben die Effekte dieser Reform für die betroffenen Eltern und Kinder untersucht. Einige finden dabei positive Effekte auf die Bildungsergebnisse von Einwandererkindern (Felfe et al., 2020; Cygan-Rehm, 2018). Sie erklären diese Ergebnisse mit der Humankapitaltheorie (Cunha & Heckman, 2007). Demnach antizipieren die Eltern die späteren Vorteile der deutschen Staatsbürgerschaft auf dem Arbeitsmarkt und

investieren daher mehr in das Humankapital ihrer Kinder. Diese erhöhten Investitionen schlugen sich wiederum in verbesserten

efas-PREISTRÄGERIN

Bildungsergebnissen nieder.

Eine neuere Studie von Dahl et al. (2022) untersucht die Reform hinsichtlich ihrer Effekte auf das Wohlbefinden und die soziale Integration der betroffenen Einwandererkinder. Sie findet allerdings deutlich heterogene Effekte: Während überwiegend positive Effekte für Jungen und nicht-muslimische Mädchen berichtet werden, scheint sich die Reform negativ auf das Wohlbefinden muslimischer Mädchen ausgewirkt zu haben. Als mögliche Erklärung für diese geschlechtsspezifische Wirkung führen die Autor:innen an, dass die automatisch mit der Geburt erworbene Staatsbürgerschaft in Einwandererfamilien, in denen traditionellere Geschlechterrollen vorherrschen – wie es bei muslimischen Familien häufiger der Fall ist –, als Bedrohung der kulturellen Identität wahrgenommen werden könnte. Die erweiterten Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt, die sich den Mädchen durch die Staatsbürgerschaft bei Geburt eröffnen, stünden im Kontrast zu dem konservativen Rollenbild der Frau. Um ihre Kultur zu wahren, könnten sie ihre Töchter davon abhalten, diese Möglichkeiten zu nutzen. Dies könnte zu einem intergenerativen Konflikt zwischen den Töchtern und ihren Eltern führen und das niedrigere Wohlbefinden muslimischer Mädchen zur Folge haben. Unterstützt wird diese theoretische Annahme durch eine weitere Beobachtung der Autor:innen, nämlich den Rückgang der elterlichen Bildungsunterstützung für die betroffenen muslimischen Mädchen. Diese Ergebnisse werfen folgende Fragen auf: Hat die Reform von 1999 dazu geführt, die Bildungslücke zwischen Jungen mit und ohne Migrationshintergrund zu verringern, während sie gleichzeitig die Bildungschancen von Mädchen mit Migrationshintergrund unbeabsichtigt verschlechtert hat? Und sind insbesondere muslimische Mädchen benachteiligt? Die bisherigen Forschungen zur Wirkung der Reform auf die Bildungsergebnisse von Kindern mit indirektem Migrationshintergrund reichen nicht aus,

1) Originaltitel der Arbeit: „Educational Inequality and the Introduction of Birthright Citizenship in Germany: Evidence from the German Microcensus“

2) Im Folgenden werden in Deutschland geborene Kinder mit zwei im Ausland geborenen Eltern als „Einwandererkinder“ oder „Kinder mit indirektem Migrationshintergrund“ bezeichnet.

um diese Fragen zu beantworten. Entweder wird der Effekt der Reform nicht geschlechtsspezifisch untersucht (Felfe et al., 2020), oder es wird nicht die automatische Staatsangehörigkeit bei Geburt, sondern deren Erwerb im frühen Kindesalter betrachtet (Cygan-Rehm, 2018). Heterogene Effekte nach Religionszugehörigkeit sind meines Wissens nach bislang noch gar nicht untersucht worden. Das Ziel meiner Bachelorarbeit bestand daher darin, den Einfluss der automatischen Staatsangehörigkeit bei Geburt auf den Bildungserfolg von Mädchen und Jungen mit indirektem Migrationshintergrund zu analysieren und dabei insbesondere geschlechtsspezifische Unterschiede sowie Unterschiede nach kultureller Herkunft zu beleuchten. Als Indikator für Bildungserfolg nutzte ich die Wahrscheinlichkeit, ein Gymnasium zu besuchen, da das Abitur eine wichtige Voraussetzung für die Aufnahme eines Studiums ist, welches wiederum mit erweiterten Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt verknüpft ist. Die Datenbasis bildete der Mikrozensus (2012–2016), ein umfangreicher, repräsentativer Datensatz, der ein Prozent der Bevölkerung Deutschlands abbildet. Um einen kausalen Effekt statt einer bloßen Korrelation zu ermitteln, machte ich von dem quasi-experimentellen Charakter der Reform Gebrauch und verwendete einen Differenz-von-Differenzen-Ansatz. Ich verglich Kinder mit zwei eingewanderten Elternteilen, die 1999 – also vor der Reform – in Deutschland geboren wurden, mit jenen, die 2000 geboren wurden. Kinder mit zwei im Inland geborenen Elternteilen dienten als Kontrollgruppe. Zunächst untersuchte ich die durchschnittlichen Reformeffekte auf die gesamte Gruppe der Einwandererkinder. Anschließend führte ich geschlechts- und religionspezifische Analysen durch, um zu untersuchen, ob die automatische Verleihung der Staatsbürgerschaft Jungen und Mädchen unterschiedlich beeinflusst hat und ob potenzielle negative Effekte bei Mädchen vor allem jene aus muslimischen Familien betreffen, wie es die Ergebnisse von Dahl et al. (2022) nahelegen.<sup>3</sup>

Meine Analysen führten zu drei zentralen Ergebnissen. Erstens erhöhte die Reform die Wahrscheinlichkeit eines Gymnasialbesuchs bei Kindern mit indirektem Migrationshintergrund im Durchschnitt um 4,5 Prozentpunkte – das entspricht einem Anstieg von 19 % gegenüber der Gymnasialquote vor der Reform. Damit lassen sich die in der Literatur berichteten positiven Durchschnittseffekte replizieren. Zweitens zeigt eine Differenzierung nach Geschlecht, dass dieser positive Durchschnittseffekt hauptsächlich von den

männlichen Einwandererkindern getragen wird. Für sie steigt die Wahrscheinlichkeit eines Gymnasialbesuchs signifikant um 7,2 Prozentpunkte, während der Effekt bei Mädchen lediglich 2,1 Prozentpunkte beträgt und statistisch nicht signifikant ist. Drittens ergibt die weitere Differenzierung zwischen muslimischen und nicht-muslimischen Einwandererkindern, dass der ausbleibende Effekt bei Mädchen vollständig auf nicht-muslimische Mädchen zurückzuführen ist. Während muslimische Mädchen in einem ähnlichen Ausmaß wie Jungen von der Reform profitieren, lässt sich bei nicht-muslimischen Mädchen kein signifikanter Anstieg der Gymnasialwahrscheinlichkeit feststellen. Wenn überhaupt, scheint die Wahrscheinlichkeit, dass sie ein Gymnasium besuchen, nach der Reform sogar zu sinken. Ich finde also tatsächlich klare Geschlechtsunterschiede. Aber das letzte Ergebnis spricht nicht für den von Dahl et al. (2022) postulierten Mechanismus des intergenerativen Konflikts in Familien mit traditionellen Werten.

Abschließend lässt sich sagen, dass die Reform von 1999 insgesamt dazu beigetragen hat, Bildungsungleichheiten abzubauen und die Integration von Kindern mit indirektem Migrationshintergrund zu fördern. Da derzeit nur drei weitere EU-Mitgliedstaaten (Belgien, Irland und Portugal) das Geburtsortprinzip anwenden, gibt es noch viele andere europäische Länder, die ähnliche Reformen umsetzen und damit Fortschritte in der Bildungsintegration ermöglichen könnten. Besorgniserregend sind jedoch die ausgeprägten geschlechtsspezifischen Unterschiede. Töchter von Migrant:innen scheinen nicht im gleichen Maße von den erweiterten Chancen zu profitieren wie ihre männlichen Altersgenossen. Zwar liefert meine Arbeit keine abschließende Erklärung für diese Unterschiede, sie demonstriert jedoch, dass politische Maßnahmen nicht automatisch alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen erreichen. Besonders problematisch ist dies, wenn ohnehin marginalisierte Gruppen – wie Frauen mit Migrationshintergrund, die mehrfacher Diskriminierung ausgesetzt sind – dadurch weiter zurückfallen und bestehende Ungleichheiten somit zementiert werden. Zukünftige Forschungen sollten sich daher verstärkt den zugrundeliegenden Mechanismen widmen, um gezielte und wirksame Maßnahmen gegen diese Form intersektionaler Ungleichheit zu entwickeln. Die ersten von der Reform erfassten Kohorten treten nun in den Arbeitsmarkt ein. Bald wird sich zeigen, ob sich die geschlechtsspezifischen Effekte der Reform auch dort niederschlagen und die Lücke zwischen Männern und Frauen weiter vergrößern.

3) Da der Mikrozensus keine Konfession erfasst, kategorisiere ich Familien, in denen beide Elternteile aus einem muslimisch geprägten Land stammen, als „muslimisch“. Der Einfachheit halber werden Kinder von Eltern aus muslimisch geprägten Ländern hier auch als „muslimisch“ bezeichnet.

### Literaturverzeichnis (Auszug):

- Algan, Y., Dustmann, C., Glitz, A., & Manning, A. (2010). The economic situation of first and second-generation immigrants in France, Germany and the United Kingdom. *The Economic Journal*, 120(542), F4–F30. <https://doi.org/10.1111/j.1468-0297.2009.02338.x>
- Cunha, F., & Heckman, J. (2007). The technology of skill formation. *American economic review*, 97(2), 31–47. <https://doi.org/10.1257/aer.97.2.31>
- Cygan-Rehm, K. (2018) Estimating the effect of early-childhood citizenship on education using policy changes as instruments. *Applied Economics Letters*, 25(20), 1426–1431. <https://doi.org/10.1080/13504851.2018.1430303>
- Dahl, G. B., Felfe, C., Frijters, P., & Rainer, H. (2022). Caught between cultures: Unintended consequences of improving opportunity for immigrant girls. *The Review of Economic Studies*, 89(5), 2491–2528. <https://doi.org/10.1093/restud/rdab089>
- Felfe, C., Rainer, H., & Saurer, J. (2020). Why birthright citizenship matters for immigrant children: Short-and long-run impacts on educational integration. *Journal of Labor Economics*, 38(1), 143–182. <https://doi.org/10.1086/704570>
- OECD/European Commission (2023), Indikatoren der Integration von Zugewanderten 2023: Settling In, OECD Publishing, Paris. <https://doi.org/10.1787/13226de3-de>

### Zur Preisträgerin

**Tina Wang** hat ihren Bachelor in Volkswirtschaftslehre an der Freien Universität (FU) Berlin absolviert. Während ihres Bachelorstudiums war sie an der Technischen Universität Berlin als Tutorin angestellt und absolvierte ein Pflichtpraktikum bei DIW Econ. Derzeit studiert sie im Masterstudiengang Public Economics an der FU Berlin. Sie arbeitet dort als studentische Hilfskraft am Lehrstuhl für Empirische Wirtschaftsforschung und Gender Economics sowie am DIW Berlin in der Abteilung des Sozioökonomischen Panels (SOEP).

# Ausschreibung für Nachwuchswissenschaftlerinnen

ein Preis für  
herausragende  
wirtschaftswissenschaftliche  
Abschlussarbeiten  
mit der Ausrichtung  
auf Frauen- und  
Geschlechterforschung



in memoriam  
Angela Fiedler

Bewerbungsfrist:  
31.7.2026

### Bewerbung:

Vorschläge und Selbstbewerbungen für Arbeiten (Bachelor-, Masterarbeiten und Dissertationen), die im Zeitraum eines Jahres vor der Bewerbungsfrist abgeschlossen wurden.

**Dotierung:**  
500 €

**Infos:**  
[efas.htw-berlin.de](mailto:efas.htw-berlin.de)

**Kontakt:**  
[Friederike.Maier@gmx.net](mailto:Friederike.Maier@gmx.net)

## WEGBEREITERINNEN DER ÖKONOMISCHEN GESCHLECHTER- FORSCHUNG: MASCHA MADÖRIN



Mascha Madörin

### **Können Sie ihren akademischen und beruflichen Werdegang für uns skizzieren?**

Mein Lizentiat in Volkswirtschaftslehre habe ich im Dezember 1970 an der Universität Basel abgeschlossen. Dabei hatte ich viel Glück, denn ich konnte als letzter Jahrgang noch nach der alten Prüfungsordnung studieren und hatte dadurch mehr Freiheiten bei der Wahl der Studienfächer. Abgeschlossen habe ich mit den Schwerpunkten „Geschichte und Methode der Volkswirtschaftslehre“ und „Ökonomie der Entwicklungsländer“. Der erste Schwerpunkt ist immer noch ein roter Faden meines Erkenntnisinteresses und meiner wissenschaftlichen Neugierde. Hätte ich akademische Karriere gemacht, wäre das mein bevorzugtes Thema geworden. Beide Schwerpunktfächer wurden von Professor Karl William Kapp angeboten, der damals einer der international prominenten Vertreter der institutionellen Ökonomie war. Er wurde u.a. durch seine Analyse zur Tendenz kapitalistischer Unternehmen, soziale und ökologische Kosten zu externalisieren, bekannt. Weil er mit einer Jüdin verheiratet war, musste er in den 1930er Jahre aus Deutschland emigrieren und landete schlussendlich als Professor an der Harvard University in den USA, musste aber während McCarthy's Regime wiederum ausreisen und kam dadurch nach Basel. Er stellte uns 68er:innen in seinem Institut Räume für unsere „Gegenseminare“ zur Verfügung, beispielsweise zu Imperialismustheorien oder zur „Machtfrage“. Als Organisator:innen solcher Seminare haben wir sehr viel gelernt, auch weil wir ständig gute Argumente erfinden mussten, um unsere Kritik an den an der Universität gelehrt Wirtschaftstheorien zu schärfen. Ich gehöre zu den Gründer:innen der studentischen 68er-Bewegung an der Universität Basel, und dass wir uns im Universitätscafé, in Arbeitsgruppen und Seminaren mit der marxistischen Theorie befassten, war klar. Selbstverständlich besuchte ich auch die Hauptvorlesungen der Volkswirtschaftslehre, die

damals der neu-keynesianischen Denktradition nahestand, der Synthese eines arg reduziertem Keynesianismus und der Neoklassik. Aber alles in allem bot damals das Studium in Basel die Möglichkeit eines pluralen Studiums der Ökonomie, wie es auch heute noch zu wünschen wäre.

Institutionelle und marxistische Ökonomie stellen in Teilstücken bis heute eine grundlegende wirtschaftstheoretische Basis für die feministische Analyse des „Social Provisioning“<sup>1</sup> oder, wie ich es nenne, der Sorge- und Versorgungswirtschaft als Teil des Wirtschaftens in einem Land dar. Dass ich später in diesen Denktraditionen zu feministischen Fragestellungen weiterdachte, war naheliegend. Aber für meine erste berufliche Etappe als Assistentin an der Universität Eduardo Mondlane in Mosambik war mein Studium eine gute Vorbereitung. Ich begann dort meine vierjährige Arbeit im Februar 1976.

### **Mit welchen Herausforderungen waren Sie konfrontiert?**

Für meine Arbeit als Ökonomin waren dort zwei Erfahrungen wichtig: 1. Ich war im neu gegründeten Centro de Estudos Africanos an zwei Feldforschungen beteiligt, wobei in beiden Fällen sowohl die Arbeits- und Lebenssituation von Frauen als auch die von Männern Teil der Forschungsprojekte war. Der Stellenwert der Forschung zur Frauensituation war zwar beschränkt, stellte aber einen riesigen Fortschritt zu dem dar, was ich aus der Schweiz gewohnt war. 2. Die interdisziplinäre Zusammenarbeit und das analytische Hin- und Herpendeln zwischen Makro-, Meso- und Mikroökonomie ist bis heute eine große methodische Herausforderung – auch für die feministische

1) Berik, Günseli und Ebru Kongar, 2021: The social provisioning approach in feminist economics. The unfolding research. In: Berik, Günseli und Ebru Kongar (Hg.): The Routledge handbook of feminist economics. London, New York, 3–21.

Ökonomie. Allerdings war die Herangehensweise am Centro vorwiegend marxistisch. Diesem Ansatz war auch die Interdisziplinarität untergeordnet, was die Sache erleichterte, denn interdisziplinär und plural zu arbeiten, ist meiner Meinung nach eine Überforderung. Der weitaus größte Teil des akademischen Personals der Universität Eduardo Mondlane verließ Mosambik nach dem Ende der Kolonialzeit. Wir Neuen stammten aus zig verschiedenen Ländern des Westens, Lateinamerikas, Ostafrikas und der damaligen sozialistischen osteuropäischen Länder. Selbst das Spektrum innerhalb der Marxist:innen war sehr breit und absurd kontrovers.

Nach meiner Rückkehr aus Mosambik in die Schweiz ging ich nicht als Ökonomin an die Universität, sondern mein Aktivitätsfeld wurden zivilgesellschaftliche Netzwerke, mit denen ich zusammenarbeitete. Hier war ich ständig mit der sehr anstrengenden Problematik konfrontiert, wie Stellungnahmen zu gesellschaftlich relevanten Fragen mit wissenschaftlicher Solidität der ökonomischen Analysen vereinbart und weiterentwickelt werden können. Ich arbeitete in einer Koalition von fast 30 kirchlichen, politischen und vielen weiteren entwicklungspolitisch tätigen Frauengruppen, die sich für wirtschaftliche Sanktionen gegenüber dem Apartheidregime einsetzten. Danach wechselte ich in eine andere, ebenso breit getragene Nichtregierungsorganisation, die „Aktion Finanzplatz Schweiz“, die sich ausschließlich mit den internationalen Beziehungen der Großbanken der Schweiz mit der Welt befassten, mit Diktatorengeldern auf Schweizer Banken, mit Steuerflucht und dem Bankgeheimnis und damit auch mit Geldwäsche und organisierter Kriminalität. Mein Thema war vor allem die besondere Rolle der Schweizer Großbanken bei der direkten Finanzierung des Apartheidregimes, beim Goldhandel und bei Sanktionsumgehungsgeschäften. In der internationalen Zusammenarbeit mit Fachkolleg:innen vor allem aus den USA und Commonwealth-Ländern lernte ich ökonomische Analysen als Werkzeuge kennen, um sich anbahnende Krisen, beispielsweise des Apartheidregimes in Sachen Finanzierungspässen, genauer zu analysieren und daraus Kampagnen zu entwickeln. Dies beeinflusste auch meine Prioritätensetzung bei meiner Arbeit zu feministischer Ökonomie.

Diese Tätigkeit bei der „Aktion Finanzplatz Schweiz“ fiel in eine Phase der großen Schuldenkrisen vor allem lateinamerikanischer und afrikanischer Länder. Ich fand schon damals sowohl die Theorien der Mainstreamökonomie wie auch der kritischen, oft marxistischen, Theorien zum Finanzsystem wenig überzeugend. Erst später lernte ich – aus meiner Sicht interessanter – postkeynesianische Ansätze von Hyman Minsky und den Theoretiker:innen der monetären Produktion (Geldzirkulationstheorie) kennen. Die postkeynesianischen Theoriediskussionen sind ebenso jung wie die feministische Ökonomie. Sie begannen in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre – nicht zufällig nach dem Ende des Währungssystems von Bretton Woods in einer neuen Phase der wirtschaftlichen Globalisierung und einer Krise des Sozialstaates. Eine Gruppe von Ökonom:innen begann, Mitte der 1990er Jahre Thesen des Finanzanalysten und -beraters Warren Mosler zu diskutieren, daraus entstand die Modern Monetary Theory (MMT), also zu einer Zeit, als die ersten Bücher zu Makroökonomie und Gender und die ersten Hefte der Zeitschrift „Feminist

Economics“ erschienen. Ich halte die Verknüpfung dieser Denkbewegungen für das Weiterdenken der feministischen Ökonomie für sehr fruchtbar, weil es bei MMT primär um die Rolle der Staatsfinanzen bei der makroökonomischen Entwicklung geht.

### **Wie sind Sie dazu gekommen, sich mit Fragen der feministischen Ökonomie zu beschäftigen?**

Als mir die Lizentiatsurkunde zum Abschluss meines Studiums der Volkswirtschaftslehre Ende 1970 ausgehändigt wurde, fehlten mir noch 4 Monate zu meinem 25. Geburtstag. Zwei Monate nach Ende des Studiums bekam ich aufgrund einer Männervolk-Abstimmung zum Frauenstimmrecht auch noch das Frauenstimmrecht. Meine persönliche Situation als noch junge Frau und Ökonomin in der Schweiz war Grund genug, mich dafür zu interessieren, welche Alternativen es zu den tristen Geschlechterverhältnissen in der Schweiz für mich geben könnte. Ich fand auch meine berufliche Perspektive als Ökonomin in der Schweiz alles andere als prickelnd. Ohne meine Auslandsaufenthalte wäre sie sehr schwierig gewesen. Die Freude am Fach Ökonomie habe ich erst durch meine Arbeit in Mosambik und in den internationalen Netzwerken gegen das Apartheidregime entwickelt – es war einfach alles unglaublich neu und spannend für mich.

Nach meiner Rückkehr in die Schweiz nahm ich erst einmal die noch spärlichen Daten über das Ausmaß der unbezahlten Arbeit in westeuropäischen Ländern zur Kenntnis. Ich war erschüttert über deren Größenordnung: Weshalb war das nie ein Thema in meinem Ökonomiestudium? Und warum hatte ich bisher so irrealer Vorstellungen über den Anteil der unbezahlten Arbeit an der gesamten Arbeit in der Schweiz gehabt, die etwas mehr als die Hälfte der tatsächlich geleisteten Arbeit ausmachte – und nicht, wie ich dachte, ein Drittel? Wie denke ich mir eigentlich die Ökonomie der Schweiz? Ich hatte doch auch in Mosambik als selbstverständlich angenommen, dass die unbezahlte Arbeit der Frauen Teil der Ökonomie Mosambiks ist. Warum sollten eigentlich die Ansätze der Ökonomie, wie ich sie am Centro de Estudos Africanos kennen gelernt hatte, nicht auch auf schweizerische Realitäten angewandt werden?

### **Wie haben Sie als feministische Ökonomin weitergearbeitet?**

Meine berufliche Selbstverwirklichung als feministische Ökonomin begann in den 1990er Jahren. Vorher verstand ich mich als feministisch engagierte Linke, die beruflich als Ökonomin tätig ist. Zwar hatte ich schon in den 1980er Jahren Kurse im Rahmen von Parteien und Frauengruppen gegeben, insbesondere zu Maria Mies' Theorien der Subsistenzarbeit und zu „Frauen und Geld“. Aber das hätte ich auch gekonnt, wenn ich BWL oder Soziologie studiert hätte. Erst dank der internationalen Debatten globaler feministischer Netzwerke über „EnGENDERing Macroeconomics“ fing ich an, mich als Ökonomin und Feministin „zu Hause“ zu fühlen. Das erste große makroökonomische Thema, zu dem feministische Ökonominen in internationalen Netzwerken gearbeitet haben, setzte an der Schuldenkrise an. Es ging um die Strukturanpassungspolitik von IWF und Weltbank, die

den verschuldeten Ländern aufgezwungen wurde und verheerende Auswirkungen insbesondere auf Frauen hatte. Die Parallelen zwischen Reaganomics und dieser Strukturanpassungspolitik wurden erstmals auf Anregung von feministischen Ökonominen aus dem globalen Süden analysiert. Daraus entwickelte sich eine feministische Kritik des Neoliberalismus und die Forderung, neue makroökonomische Theorien aus feministischer Sicht zu entwickeln. Die Frauenbewegungen des europäischen Festlandes waren damals sehr viel stärker in eine feministische Debatte über Sozialstaat und Arbeitsmarkt eingebunden. Makroökonomische Fragestellungen wurden erst später aktuell.

Ab den 2000er Jahren setzte ich als Freischaffende die Bearbeitung der genannten Themen der „Aktion Fin anzplatz Schweiz“ fort. Neu dazu kamen dann meine Arbeiten zu geschlechtergerechten Budgetanalysen (Gender Budgeting) und zu den Größenordnungen der unbezahlten Arbeit insgesamt. Zur unbezahlten Arbeit werden vom Bundesamt für Statistik in der Schweiz seit 1997 alle drei bis vier Jahre Daten erhoben und damit wird nicht nur das Volumen der unbezahlten Arbeit bestimmt, sondern auch ihr monetärer Wert und die durch die unbezahlte Arbeit generierte Bruttowertschöpfung berechnet – eine wichtige Grundlage makroökonomischer Analyse. Die dabei ermittelten Größenordnungen im Vergleich zum Rest der Schweizer Wirtschaft erstaunen mich selbst heute noch, d.h. nach 25 Jahren der ersten Veröffentlichung der Daten. Mitte der 2000er Jahre wurde ich vom UNRISD, dem United Nations Research Institute for Social Development, gefragt, ob ich an ihrer Studie zur „Political and Social Economy of Care“ mitarbeiten wolle. Die Schweiz war eines von acht analysierten Ländern aus vier Kontinenten. Es handelte sich dabei nicht um eine bezahlte Tätigkeit, aber ich hatte ein privates Sponsoring, das mir erlaubte, die schweizerischen Daten zum Thema zu analysieren, sie zu dekonstruieren und neu zusammenzusetzen.<sup>2</sup> Das war für mich der Auslöser, an einer makroökonomischen Theorie der Sorge- und Versorgungswirtschaft weiterzudenken. Ich fragte mich nämlich, welche der statistisch ausgewiesenen bezahlten und unbezahlten Arbeiten ich zur Care-Arbeit rechnen sollte. UNRISD gab eine standardisierte Definition der Care-Arbeit für die Studie vor, die mich aber nicht überzeugte.

2) Madörin, Mascha, Brigitte Schnegg, Nadia Baghdadi (2012): Advanced Economy, Modern Welfare State and Traditional Care Regimes. The Case of Switzerland, in: Shahra Razavi, Silke Staab (eds.): Global Variations in the Political and Social Economy of Care. Worlds Apart, New York and London: Routledge, 43–60.

Nach Abschluss der Studie nutzte ich das Sponsoring, um weiter der Frage nachzugehen, wie meine ökonomische Begründung zur Schaffung eines besonderen makroökonomischen Aggregats Care Ökonomie lauten könnte.<sup>3</sup>

Diane Elson hat in den 1990er Jahren darauf hingewiesen, dass es in der feministischen Ökonomie vor allem darum geht, mit den Analysen zu Meso- und Makroökonomie weiterzukommen. Was die Mesoökonomie anbelangt, gibt es inzwischen nach 30 Jahren viele interessante feministische Studien. In Sachen Makroökonomie befinden wir uns meines Erachtens nach aber immer noch in einem Frühstadium theoretischer Arbeit. Als mesoökonomisches Thema habe ich die Gesundheitsökonomie aufgenommen, die, was ihre Mainstream-Analysen und -Theorien anbelangt, besonders barbarisch ist, wegen des Nebeneinanders von High-Tech-Bereichen, traditioneller Frauenerwerbsarbeit und sehr viel unbezahlter Arbeit, aber auch besonders herausfordernd.

Eine weitere Etappe hat vor einem Jahr begonnen: Ein erster, noch nicht ganz ausgereifter Artikel dazu wurde unter dem Titel „Sorge- und Versorgungswirtschaft und das Geschäftsmodell Schweiz“ kürzlich in einem Sammelband zum Schweizer Kapitalismus veröffentlicht.<sup>4</sup> Die Schweiz ist eines der am stärksten globalisierten Länder der Welt, in dem die außenwirtschaftlichen Beziehungen von Dienstleistungen für die Weltmarktelite geprägt sind von einer Art Weltmarkt-Butler-Funktion mit einem bis heute sehr erfolgreichen Steuerhinterziehungsangebot für Reiche und Weltkonzerne. Andere haben es „Piratenhafen Schweiz“ oder „sekundären Imperialismus“ genannt. Es geht hier um eine Größenordnung dieses Geschäfts, die mit der ökonomischen Bedeutung von Exporten ölproduzierender Länder verglichen werden muss. Ich bin dabei auf Fragen gestoßen, über die ich bisher noch nicht nachgedacht habe. Ich hoffe, dass mir noch ein paar Jährchen Zeit und Energie bleiben, um ihnen weiter nachgehen zu können. Mich interessieren dabei vor allem die politökonomischen Verknüpfungen mit der Sorge- und Versorgungswirtschaft.

3) Für mich waren zwei Ansätze wichtig für die Entwicklung eines Konzepts, wie die unbezahlte Arbeit in die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung integriert werden kann: einerseits als Wirtschaftssektor der personenbezogenen und haushaltsnahen Dienstleistungen, andererseits als Haushalte in den Statistiken der Produktion nach institutionellen Sektoren. Madörin, Mascha (2019): Zählen, was zählt. Sorge- und Versorgungswirtschaft als Teil der Gesamtwirtschaft. In: Ulrike Knobloch (Hg.): Ökonomie des Versorgens. Beiträge zur Pluralen Feministischen Wirtschaftstheorie. Weinheim, 89–119.

Madörin, Mascha (2021): Megatrends: Care Arbeit und die soziale Frage. In: Brandstetter, Johanna, Kerstin Bronner, Stefan Königter, Andreas Laib, Axel Pohl und Steve Stiehler (Hg.): Soziale Frage(n) zur Zukunft. Berlin, S.67–85.

4) Madörin, Mascha (2025): Sorge- und Versorgungswirtschaft und das Geschäftsmodell Schweiz, in: Arman Spéth, Dominic Iten, Lukas Brügger (Hrsg.): Schweizer Kapitalismus. Erfolgsmodell in der Krise, Wien: Mandelbaum Verlag, 85–102.

## Worin sehen Sie die größte Herausforderung für Geschlechtergerechtigkeit zurzeit?

Meine makroökonomische Analyse sagt mir, dass es aus feministischer Sicht eine dominierende Zukunftsfrage gibt: die zukünftige Finanzierung und damit verbunden die gesellschaftliche Organisation der Sorge- und Versorgungswirtschaft. Es handelt sich hierbei um den Wirtschaftssektor, in dem vor allem Frauen und Migrant:innen arbeiten. Der Bedarf an öffentlicher Finanzierung großer Bereiche dieses Wirtschaftssektors wird sehr groß bleiben und in Zukunft noch wachsen. Die gegenwärtige Finanzarchitektur und die damit verbundenen rechten und linken Überzeugungen über die Ökonomik von Staatsfinanzen stellen in den aktuellen wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen eine schreckliche Sackgasse dar, politisch und wirtschaftlich. Das ist seit etlichen Jahren meine Überzeugung. Allerdings habe ich nicht damit gerechnet, dass die damit zusammenhängenden Krisen der Staatsfinanzen und

der Regierungen so schnell eintreten würden, wie nun geschehen.

## Sie engagieren sich seit vielen Jahren in verschiedenen internationalen Netzwerken der feministischen Ökonomie. Haben Sie einen Rat an efas?

Es gibt noch viel analytische und theoretische Arbeit zu tun. Und es ist nicht einfach, die Leidenschaft für politische und ethische Relevanz mit der Leidenschaft für Wissenschaftlichkeit, für eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den verschiedenen Denkbewegungen feministischer Ökonom:innen zu verbinden. Ich hoffe, dass efas ein Ort der Ermutigung ist, um gemeinsam und im Austausch Lösungen für diesen Spagat zu finden.

Zum Weiterlesen verweisen wir auch auf die homepage von Mascha Madörin: [www.maschamadoerin.ch](http://www.maschamadoerin.ch)

## Call for Papers

### Workshop:

### „Zeitnutzung – Geschlecht – unbezahlte Arbeit: Perspektiven auf Lebensstandard“

Der Workshop stellt die Bedeutung von Zeitverwendung – insbesondere deren Einschränkung durch unbezahlte Arbeit – ins Zentrum, um deren Erfassung und Bewertung methodisch und theoretisch weiterzuentwickeln. Der Workshop möchte einen interdisziplinären Raum bieten, um methodisch und theoretisch die Integration von Zeitnutzung in Lebensstandardmaße zu diskutieren. Im Fokus steht die Frage, wie Zeitverwendung zur individuellen und gesellschaftlichen Wohlfahrt beiträgt und welche Implikationen sich daraus für die Messung von Lebensstandards sowie für die Gestaltung sozial- und arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen und die Rolle öffentlicher Infrastrukturen ergeben. Der Workshop ist als interaktives Format mit Roundtables und kurzen Inputs der Teilnehmenden von 5–7 Minuten geplant, die offene Fragen aufwerfen und Diskussionen anregen sollen. Eingeladen sind Beiträge in verschiedenen Entwicklungsstadien – von ersten 2 Ideen und Konzepten bis hin zu laufenden oder abgeschlossenen Projekten und Papers. Promovierende und Postdocs sind herzlich zur Vorstellung eigener Beiträge eingeladen. Ziel ist es, über Karrierestufen hinweg neue Perspektiven zu entwickeln und den interdisziplinären Austausch zu fördern.

### Einreichung & Fristen:

Wir bitten um die Einreichung eines (deutsch- oder englischsprachigen) Abstracts für Kurzvorträge (max. 400 Wörter) bis zum 7. September 2025 an [franziska.dorn@uni-due.de](mailto:franziska.dorn@uni-due.de). Bitte formulieren Sie darin auch eine konkrete Fragestellung, die Sie in die Diskussion des Workshops einbringen möchten. Die Rückmeldungen zur Teilnahme erfolgen bis Anfang Oktober 2025. Bei Fragen wenden Sie sich gerne an: [franziska.dorn@uni-due.de](mailto:franziska.dorn@uni-due.de)

**Zeitpunkt des Workshops:** 09.-10.12.2025

**Ort:** Gerhard-Mercator-Haus, Universität Duisburg-Essen, Campus Duisburg

**Sprachen:** Deutsch & Englisch

Der interdisziplinäre Workshop wird veranstaltet vom Institut für Sozioökonomie (IfSO) und dem Essener Kolleg für Geschlechterforschung (EKfG) an der Universität Duisburg-Essen in Zusammenarbeit mit efas – Das Ökonominnen-Netzwerk

## AKTUELLES

### Feminist Economics in Times of Trump: A Letter from the States

Edith Kuiper

High Falls, NY  
16 June 2025

Dear Colleagues and Friends,

As the Trump administration is attacking a range of institutions and social programs, women's reproductive rights, research on diversity, equity and inclusion (DEI), and institutions such as Harvard University are under threat under the (false) flag of their commitment to DEI. In this letter, I would like to give you a brief impression of what is going on with respect to women & gender studies in the US, how feminist economists are impacted by the attacks on democracy and the ways those outside the US can support their American colleagues and friends.

Harvard University has been under siege by Trump and was subjected to severe cuts in its research budget, and international students faced substantial hurdles to come to and/or complete their studies at Harvard. Thousands of other research projects that ran through, for instance, the National Institutes of Health (NIH) and the National Oceanic and Atmospheric Administration (NOAA) – the national weather forecasting institute – are being cut under the pretext that such research is set to address or further develop research and/or DEI policies. The list the administration has forwarded with terms that can no longer be used in project proposals or they will be rejected, include 'women,' 'diversity,' 'feminist,' 'climate change,' 'bias,' 'social justice,' etc.<sup>1</sup>

States like Texas, Florida, and Kentucky already closed programs and put teachers on administrative leave or fired them. The Department of Education compiled a list of about 60 top colleges and universities (including the Ivy League Universities) that are scrutinized for their use of textbooks, course topics, and the teachers who teach these. Some of these 60 schools have already closed down programs and courses or decided to rename them. Columbia University is a famous example. A small liberal arts college as SUNY New Paltz, where I teach, is not on that list. Nevertheless, all this has a very chilling effect on the research and teaching of women's, gender, and feminist studies for teachers and for students who are deciding about their future and the direction of their career. It is certainly a major topic at conferences and meetings of organizations such as the National Women's Studies Association.

The responses from academics vary from moving out of the field to reframing courses and programs as "Inclusive

Excellence" or "Cultural Studies" and to just keep doing what they have been doing and hoping for the best. States like New York, California, and Massachusetts have been actively pushing back against the federal government, claiming their ground on the basis that in the US institutions of higher education are for the most part financed through the State level. However, this protection by the state does not exist for universities in those states in which the Republicans dominate the State level democratic institutions and Governors. After the debacle of Columbia University giving in to Trump's demands, universities got together and organized themselves to prevent being played against each other and be able to produce expeditious and shared responses, and they successfully sued the administration.

Unlike institutions such as Planned Parenthood and NGOs working for immigrants and undocumented workers, feminist academic organizations as such have not yet been in the crosshairs of DOGE or the administration more generally. Things can turn fast, however, as we saw with the US Institute of Peace that was closed in a matter of days, a process of which the judges have now assessed as having been fully illegitimate. The International Association for Feminist Economics (IAFFE) is keenly aware of its vulnerability, which comes, of course, with stress and uncertainty for its workers and requires steps to be prepared in case the administration decides to attack women's rights organizations and other NGOs. Legislation to empower Trump to dissolve NGOs on a whim is currently on its way through Congress and has already been accepted by the House. All this against the background of the weakening of support for women and girls in international programs and the closing down of USAID.<sup>2</sup>

Feminist economists work in a variety of ways to counter the current wave of attacks on democracy, women's rights, and feminist scholarship. Besides the general response of joining demonstrations and engaging in specific actions to protect people from being jailed and/or deported, feminist economists express concerns publicly and a lot of feminist economists turn to building and strengthening local organizations and communities. Many do this under Timothy Snyder's motto to 'not obey in advance.'<sup>3</sup>

Where Elon Musk and his DOGE activities such as the accessing and stealing of personal data and the demolishing of research and institutions have been outlined and analyzed, the force of the 'techbros' such as David Sachs and Peter Thiel and their misogynist and racist agenda for

1) See Yourish, Karen, Annie Daniel, Saurabn Datar, Isaac White, and Lazaro Gamio (2025). "These Words are Disappearing in the New Trump Administration", New York Times, 7 May 2025: <https://www.nytimes.com/interactive/2025/03/07/us/trump-federal-agencies-websites-words-dei.html>

2) See Barr, Heather (2025). "Trump spurs global rollback on the rights of women and girls," Human Rights Watch, 7 May 2025: <https://www.hrw.org/news/2025/05/07/trump-spurs-global-rollback-rights-women-and-girls>.

3) See Snyder, Timothy (2017). *On Tyranny: Lessens from the Twentieth Century*. New York: Crown.

a new extremist version of capitalist oligarchy have been less effectively addressed. Particularly concerning, in my view, are their ideas and practical agenda, put forward in Project 2025 and elsewhere, that aim at restoring women's subdued position to men and retaining and extending white dominance. Peter Thiel, former CEO of PayPal and now Chairman of the Board of the company Palantir that develops AI and produces facial recognition technology, currently being applied in China and Gaza, has been assigned by Trump to start a national integrated data base on all those living in the US. Particularly the sexist drive of this movement of frustrated, right-extremist white men has yet to be satisfactorily highlighted.

The IAFFE conference this year will be held 3-5 July in the US, at the University of Massachusetts at Amherst. The travel ban on mainly Middle-Eastern countries, now also to include an additional 38 countries from Africa and the Caribbean, has already led to a lot of feminist economists to move their participation to online. The conference is now split in two parts, with the online conference taking place 20-21 of June. Difficulties with obtaining visa or assessing the situation as too risky, are main reasons for scholars to decide not to travel to the US.

One of the projects I am personally engaged in, bringing the IAFFE archives into safety, was at least partially motivated by concerns around the shift towards fascism in the US. The first 40+ boxes with materials from the start and first years of IAFFE were brought to and organized into categories at the Rubenstein Library at Duke University, Durham NC last August. Right now, Duke University feels the cuts in NIH research directly, impacting funding and the hiring of faculty and staff, including those working in the Rubenstein Library. My research on women/gender in the history of economics is, for now, safeguarded by the fact that most of the work is with colleagues, including the (German) publisher, that are situated outside the US. Most of my colleague feminist economists in the US are still under the radar, but if once the regime shift has been completed and a more systematic purge is underway, I do not expect any feminist organization or scholar to escape

the dangerous limelight. Already happening now is that many workers and some of our students are being picked up because they come to a courthouse, pick up their children from school or just are walking in a street while being a person of color. It is the randomness of these raids and attacks that gives one the feeling of dread and strengthens the concern that nobody is safe.

The No-King demonstrations of last weekend, together with the flop of the Trump military parade, was a moment of sharing, relief, and inspiration that shows that push-back can be very effective. Feminist economists and others abroad writing and publishing about what is going on in the US definitely helps, and so does strengthening your own movements, networks, and institutions. What is going on in the US can work as a productive deterrent as we have seen in the UK and Australia. The move to bring scientists (back) to Europe and elsewhere is a smart way to strengthen Europe and weaken the US for a long time to come but will probably not apply to women's and gender studies scholars or feminist economists. It is good, however, to realize that Germany and other countries like the Netherlands and France, have loud voices internationally and their shift away from the US is directly felt here, whether it concerns the US/Israel behavior towards Gaza, the housing of the next Olympic games in the US, or the direct threats to women's rights and safety and misogynist philosophies of the extreme right.

For us here, focusing one's energy, picking one's battles, and engaging in self-care become daily strategies of survival. While things are still turning for the worse at the moment, so is the deterioration of Trump's brain, and we all saw the determination of millions in the US who came out last weekend to speak out against this destructive regime. Once the sleeping giant that is the US people wakes up, it is hard to say what can happen.

Warm regards,  
in solidarity,

Edith Kuiper

#### Zur Autorin

**Prof. Edith Kuiper, PhD**, ist außerordentliche Professorin im Fachbereich Wirtschaft an der State University of New York in New Paltz. Kürzlich veröffentlichte sie *A Herstory of Economics* (Cambridge: Polity Press, 2022). Sie ist langjähriges Mitglied in der International Association of Feminist Economics (IAFFE), hat deren Jahreskonferenz mehrmals organisiert und war 2006/07 deren Präsidentin.

## „Gleichstellung in der sozial-ökologischen Transformation“ – Was (nicht) im Vierten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung steht\*

Ulrike Knobloch

Seit 2011 der erste Gleichstellungsbericht vorgelegt wurde, gibt die Bundesregierung in jeder Legislaturperiode einen Bericht zur Gleichstellung der Geschlechter in Auftrag, der jeweils einen spezifischen thematischen Schwerpunkt hat. Der Vierte Gleichstellungsbericht, der noch von der früheren Familienministerin Lisa Paus beauftragt wurde und im März 2025 erschienen ist, widmet sich dem Thema „Gleichstellung in der sozial-ökologischen Transformation“.

Das Berichtsverfahren besteht aus zwei Schritten: Zunächst wird von einer unabhängigen Sachverständigenkommission aus Wissenschaftler\*innen verschiedener Disziplinen und Expert\*innen aus verschiedenen Bereichen ein ausführliches Gutachten zum beauftragten Thema erstellt. Dazu werden Fachgespräche geführt, Expertisen eingeholt und Hintergrundpapiere herangezogen. Anschließend nimmt die Bundesregierung zum fertigen Gutachten Stellung, wobei dieses Mal die Stellungnahme mit nur knapp zwei Seiten sehr kurz ausgefallen ist, was vermutlich an den vorgezogenen Neuwahlen gelegen hat.

Die Sachverständigenkommission für den Vierten Gleichstellungsbericht sieht das Ziel der sozial-ökologischen Transformation darin, „die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ursachen des Klimawandels, einschließlich der damit verbundenen strukturellen Ungleichheiten und der zugrunde liegenden Logiken zu beseitigen“ (BMFSFJ 2025, S. 20). Und sie hält fest, dass sich, um dieses Ziel erreichen zu können, die vorherrschenden Lebens- und Wirtschaftsweisen entscheidend verändern müssen und der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen mit sozialen Zielen, inklusive Geschlechtergerechtigkeit, verknüpft werden muss. Dazu setzt sie auf drei Ebenen an: Auf der Ebene der Alltagspraktiken geht es um ein individuelles Umdenken hin zu mehr Klima- und Geschlechtergerechtigkeit. Für die Ebene der Versorgungssysteme wird gefordert, die für die alltägliche Lebensgestaltung maßgeblichen Versorgungssysteme geschlechtergerecht umzubauen und Strukturen so zu gestalten und anzupassen, dass klimafreundliche und geschlechtergerechte Alltagspraktiken erleichtert werden. Auf der Ebene der grundlegenden Steuerungsmechanismen sind die Prinzipien und Strukturen der gesellschaftlichen Steuerung, nach denen Versorgungssysteme und Alltagspraktiken funktionieren, zu hinterfragen und alternative Prinzipien und Strukturen zu formulieren. Wie schon in früheren Gleichstellungsberichten wird dabei Geschlecht als Zuschreibungsmerkmal und gesellschaftliches Strukturprinzip verstanden, der Geschlechterbegriff intersektional angelegt und der Sorgearbeit eine Schlüsselposition zugewiesen.

Im Folgenden werden die drei Teile des Sachverständigengutachtens vorgestellt und gezeigt, was darin enthalten ist und was nicht. In Teil A werden der

Kontext der ökologischen Krise und die Konzepte der sozial-ökologischen Transformation aus Geschlechterperspektive skizziert. Feministische Nachhaltigkeitsforschung und Feministische Ökologische Ökonomie können mittlerweile auf eine mindestens 40-jährige Geschichte zurückblicken. Zu diesen theoretischen Zugängen werden im Gutachten unter der Überschrift „Feministische Nachhaltigkeits- und Umweltforschung“ jedoch nur sechs Sätze formuliert (S. 29f.). Hier fehlen so wichtige Debattenstränge wie Ökofeminismen, Queer Ecologies, Feministische Postwachstumstheorie, Caring Commons und vieles mehr. Als zentraler Ausgangspunkt des Gutachtens wird das Konzept der gesellschaftlichen Naturverhältnisse gewählt. Danach ist „das Verständnis von Natur durch gesellschaftliche Wahrnehmungen, Praktiken und Strukturen geformt“ (S. 37). Für eine geschlechtergerechte Transformation der gesellschaftlichen Naturverhältnisse müssten die dominierenden androzentrismen, anthropozentrismen und extraktivistischen Logiken überwunden werden. Andere, nicht-kapitalistische Logiken scheinen im Gutachten an einzelnen Stellen auf, aber es bleibt unklar, wie sie verbreitet und gestärkt werden könnten.

In Teil B, der mit 150 Seiten den größten Teil des Gutachtens ausmacht, wird die Gleichstellung in der sozial-ökologischen Transformation für elf Handlungsfelder auf den drei genannten Ebenen untersucht und zu jedem Handlungsfeld werden eine Reihe von Handlungsempfehlungen formuliert. Dabei geht es nicht nur um so naheliegende Bereiche wie Energieerzeugung, Kreislaufwirtschaft, Mobilität und Verkehr. Sondern das Gutachten nimmt eine umfassende Transformationsperspektive ein und arbeitet „die Relevanz von Gleichstellung in umwelt-, technik-, wirtschafts-, raumplanerischen Handlungsfeldern heraus“ (S. 20). Deshalb werden als weitere Handlungsfelder auch Landwirtschaft, Stadt- und Raumentwicklung, Wohnen und Energienutzung, Ernährung, Gesundheit, Arbeit und Zeit, Arbeitsmarkt sowie Finanzen untersucht.

Dieser Teil enthält viel Bekanntes und Erwartbares, aber immer wieder auch neue und weiterführende Überlegungen, zum Beispiel die Forderung einer feministischen Energiepolitik verbunden mit dem Konzept der Bürger\*innenenergie (Kap. B.1), das Weiterdenken sowohl der Kreislaufwirtschaft als auch der Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie (NKWS) aus feministisch-ökologischer Sicht (Kap. B.2), alternative Ernährungsnetzwerke als Vorläufer einer zukunftsfähigen und geschlechtergerechten Landwirtschaft (Kap. B.3) sowie als Bestandteil der Ernährungswende (Kap. B.7), das Konzept der Caring Cities (Kap. B.4) sowie immerhin ein Absatz zur queeren Stadt- und Raumentwicklung (S. 91).

Teil C ist dagegen nur knapp sieben Seiten lang, enthält

aber wichtige Überlegungen zu den institutionellen Mechanismen für eine geschlechtergerechte sozial-ökologische Transformation. Konkrete Forderungen sind die Schaffung von sektor- und ressortübergreifenden Arbeitsstrukturen etwa in Form einer interministeriellen Arbeitsgruppe. Als besonders vielversprechend erscheint die Weiterentwicklung von Monitoring-Mechanismen (siehe unten). Auch die zukünftige Rolle der Bundesstiftung Gleichstellung wird beleuchtet. Schon jetzt ist dort die Geschäftsstelle für die Gleichstellungsberichte angesiedelt. Darüber hinaus soll sie in Zukunft auch bei der Entwicklung eines gleichstellungspolitischen Monitorings unterstützen und den Gleichstellungsatlas weiterentwickeln. Inwiefern diese Forderungen aufgenommen und in Zukunft umgesetzt werden, ist angesichts der neuen Bundesregierung aber offen.

Der Vierte Gleichstellungsbericht enthält viele wichtige Denkanstöße und untersucht für die genannten elf Handlungsfelder, was aus Geschlechterperspektive zu tun ist. Er fordert ein grundlegendes Umdenken auf allen drei genannten Ebenen in allen elf Handlungsfeldern. Er macht deutlich, dass eine sozial-ökologische Transformation nicht allein auf mehr Technik setzen kann. Er bemüht sich um Intersektionalität, auch wenn sie in den einzelnen Themengebieten nicht überall einbezogen wird. Er fordert in einigen Bereichen eine Umkehr in Form einer feministischen Energiewende, einer zirkulären Wende, einer Ernährungswende, einer Verkehrs- und Mobilitätswende sowie Veränderungen beim Wohnen (z.B. Wohnsuffizienz und Co-Housing). Er hinterfragt die dominierende Wettbewerbs- und Wachstumslogik und fordert ihre Überwindung, auch wenn offen bleibt, wie sich andere Logiken durchsetzen könnten.

Die Vorsitzende der Sachverständigenkommission spricht im Vorwort von einem großen Puzzle, das es zusammensetzen galt. Ohne die große Leistung der Kommission schmälern zu wollen, bleibt das Bild vom sozial-ökologischen Transformationsprozess aus Geschlechterperspektive aber unvollständig, weil schon vorliegende oder erst noch zu entwickelnde Puzzleteile fehlen. Zusätzlich zum schon genannten theoretischen Hintergrund sind das vor allem folgende Elemente:

- Privilegienkritik: Als Gegenstück zur Analyse von Diskriminierung aufgrund von sich überschneidenden intersektionalen Kategorien müsste eine Auseinandersetzung mit den vielfältigen Privilegien stattfinden.
- Queer als Orientierung: Queer wird nur im Handlungsfeld Stadt- und Raumentwicklung als Orientierungspunkt genannt, aber nicht durchgehend als solcher herangezogen. Doch wenn Androzentrismus und Heteronormativität kritisiert werden, bedarf es einer anderen normativen Orientierung, die auch ausformuliert werden muss.
- Monitoring zivilgesellschaftlicher Fallbeispiele: Vielfältige zivilgesellschaftliche Initiativen in Deutschland, Europa und der übrigen Welt stoßen schon jetzt einen geschlechtergerechteren sozial-ökologischen Transformationsprozess an. Im Gutachten werden immer wieder Beispiele genannt, aber hier wäre eine systematische Erfassung wichtig, etwa in Form einer Datenbank, wie es sie für einzelne Bereiche, z.B. für die Solidarische Landwirtschaft, schon gibt, oder als Teil eines noch zu institutionalisierenden Monitoringsystems, das

theoretische und praktische Fortschritte in Richtung einer geschlechtergerechten sozial-ökologischen Transformation nicht nur festhält, sondern auch zu ihrer Unterstützung beiträgt.

- Soziale Kippunkte: Die Idee der positiven sozialen Kippunkte könnte helfen, Fortschritte im Transformationsprozess zu erkennen und gezielt zu unterstützen und damit als Ausgangspunkt für das genannte, noch zu entwickelnde Monitoringsystem dienen.

Wie aus den elf Handlungsfeldern ein Gesamtbild werden kann und wie tiefgreifend die sozial-ökologischen Transformationsprozesse in allen Handlungsfeldern sein müssen, wird in den handlungsfeldübergreifenden Aussagen deutlich, die dem Gutachten vorangestellt sind (S. 22-25). Aber wie kommt es zum grundlegenden Wandel der Lebens- und Wirtschaftsweisen und zur geforderten Neuorganisation der sozioökonomischen Versorgungssysteme? Am klarsten wird das für das Handlungsfeld Energieerzeugung formuliert. Denn vor dem Hintergrund der Energieversorgungskrise durch den Ukrainekrieg wird „die dringende Notwendigkeit deutlich, sich mit der Logistik und den Mechanismen des Übergangs zu einer regenerativen Wirtschaft zu befassen. Dieser Übergang erfordert ein grundlegendes Umdenken, weg von einem wachstumsorientierten Modell, hin zu einem Modell, das langfristige Nachhaltigkeit und Widerstandsfähigkeit in den Vordergrund stellt“ (S. 53).

Doch wie lassen sich eingefahrene Lebens- und Wirtschaftsweisen verändern? Wie setzen sich andere Logiken, Prinzipien und Strukturen durch? Besteht der Transformationsprozess aus vielen kleinen Schritten oder ist für das grundlegende Umdenken ein revolutionärer Aufbruch erforderlich? Das sind schwer zu beantwortende Fragen, für die weitere Forschung und Forschungsförderung notwendig sind. Das Konzept der positiven sozialen Kippunkte kann dabei hilfreich sein, denn wenn die vielfältigen schon vorhandenen Elemente, Bausteine und Fallbeispiele eine gewisse Verbreitung erlangen, könnte eine geschlechtergerechte sozial-ökologische Transformation gelingen. Diese Prozesse sollten mit einem erst noch zu entwickelnden Monitoringsystem begleitet und mit einem Think and Act Tank unterstützt werden.

#### Literatur

BMFSFJ (2025): Vierter Gleichstellungsbericht – Gleichstellung in der sozial-ökologischen Transformation, Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: <https://www.bmfsfj.bund.de/bmfsfj/service/publikationen/vierter-gleichstellungsbericht-257374>

\*Ich bedanke mich herzlich bei Ulrike Röhr, die als Sozialwissenschaftlerin und Bauingenieurin mit Schwerpunkt geschlechtergerechte Klimapolitik in der Sachverständigenkommission für den Vierten Gleichstellungsbericht mitgewirkt hat. Während unseres „Kreuzberger Gesprächs“ habe ich sie alles rund ums Entstehen des Vierten Gleichstellungsberichts fragen können und dadurch viel besser verstanden, warum was darin (nicht) steht. Auf die Frage, ob und wo der Vierte Gleichstellungsbericht über schon Bekanntes hinausgeht, hat sie geantwortet: Für diejenigen, die sich schon lange mit der Thematik beschäftigen, enthält er vielleicht kaum Neues, aber er trägt Vieles zusammen und ist für alle, die sich neu mit der Thematik befassen, ein kompakter Einstieg – dem kann ich mich nur anschließen.

**Zur Autorin**

**Ulrike Knobloch**, ist Professorin für Volkswirtschaftslehre, insbesondere intersektionale Geschlechterökonomie an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin. Sie ist Mitbegründerin des Netzwerks Vorsorgendes Wirtschaften, langjähriges aktives Mitglied in der International Association for Feminist Economics (IAFFE) und Mitglied im wissenschaftlichen Ausschuss von efas.

**AKTUELLE STATISTIK**

**Mind the (Gender) Gap – Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen im Mehrsäulensystem**

Camille Logeay

**Unterschiede in den Anwartschaften der gesetzlichen Rentenversicherung**  
Relative Differenz der Anwartschaften von Männern und Frauen im Jahr 2016, in %

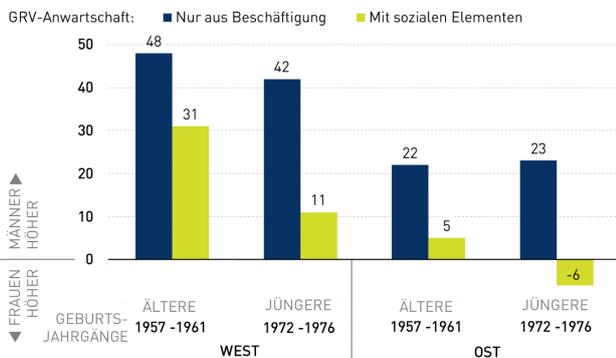


Abbildung 1

Quelle: Grafik 1 (Die Anwartschaftslücke zwischen Männern und Frauen in der gesetzlichen Rentenversicherung reduziert sich durch die sozialen Ausgleichselemente, z.B. für Kindererziehung, deutlich) aus Rentenupdate Nr. 4-03/2024

Quelle der Daten: Lebensverläufe und Altersvorsorge (LeA); Basisjahr 2016; Stichprobengröße: 7.496; Personen mit GRV-Anwartschaft und ohne Anwartschaft in einem weiteren Regelsicherungssystem (z.B. Beamtenversorgung)

**Unterschiede in den Anwartschaften in der zusätzlichen Altersvorsorge**  
Relative Differenz der Anwartschaften von Männern und Frauen im Jahr 2016, in %

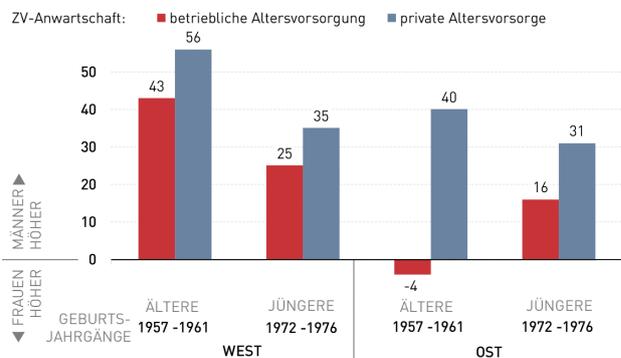


Abbildung 2

Quelle: Grafik 2 (Bei der privaten Altersvorsorge fällt der Gender Pension Gap der Anwartschaften am höchsten aus) aus Rentenupdate #4-03/2024.

Quelle der Daten: Lebensverläufe und Altersvorsorge (LeA); Basisjahr 2016; Stichprobengröße: BAV 1.501, PAV 1.776; Personen mit GRV-Anwartschaft, ohne Anwartschaft in einem weiteren Regelsicherungssystem (z.B. Beamtenversorgung) und mit Vertrag in der BAV und/oder PAV.

**Kontext der kommentierten Statistik:** Das Thema Rentenreform begleitet jede Regierung. Vor dem Hintergrund der Alterung der Gesellschaft und der sich verschlechternden Arbeitsmarktbedingungen wurde um die Jahrtausendwende (1999 –2004; Agenda 2010) ein Paradigmenwechsel eingeleitet. Dieser schrieb der privaten und betrieblichen Altersvorsorge (pAV und bAV) eine neue Rolle zu: Beide Säulen haben nun eine ersetzende und nicht mehr lediglich ergänzende Funktion.

Um die Reform zu bewerten und für ihre Fortsetzung (wie jüngst vom Sachverständigen Martin Werding in einer Studie für die Fidelity International gefordert) oder für ihre Korrektur (wie die letzte und aktuelle Koalition mit der Haltelinie von 48 % für die gesetzliche Rente) einzutreten, werden immer wieder Fragen zur Leistungsfähigkeit der drei Säulen gestellt. Neben den üblichen Fragen

zur Partizipation an pAV und bAV und der Höhe der erworbenen Rentenansprüche geht es im Rentenupdate auch um die Frage, welche Gender Pension Gaps (GPG) es in den drei Säulen gibt. Dies ist eine wichtige Frage, um Rentenreformvorschläge aus Gender-Perspektive zu beurteilen.

**Die drei Säulen**

Das deutsche Rentensystem ist vom Äquivalenzprinzip geprägt: Die Höhe der Rente spiegelt die Höhe und Dauer der Beitragseinzahlungen wider. Dies gilt bei der gesetzlichen Rente ebenso wie bei der betrieblichen und privaten Altersvorsorge. Entsprechend haben die bekannten Gaps am Arbeitsmarkt – Partizipationsgap, Teilzeit/Vollzeit-Gap, Gender-Pay-Gap – einen erheblichen Einfluss auf die zukünftige Rentenhöhe, also auch auf

den sogenannten Gender Pension Gap (den Unterschied zwischen den Renten von Männern und Frauen im Durchschnitt).

Die gesetzliche Rente weist jedoch, wie jede Sozialversicherung, Elemente des sozialen Ausgleichs auf: Bestimmte beitragsfreie Zeiten werden wie Beitragszeiten bewertet. Bei den sogenannten Mütterrenten werden (vorwiegend) den Müttern mit bis zu drei Entgeltpunkten, der Währung der gesetzlichen Rente, pro Kind unter drei Jahren als Anerkennung ihrer Erziehungsaufgaben gutgeschrieben. Mütter werden damit, auch wenn sie keine Beiträge einzahlen, so behandelt, als hätten sie durchschnittlich verdient und entsprechend Beiträge gezahlt.

In den zwei anderen Säulen sind die Elemente des sozialen Ausgleichs nicht auf gleiche Weise systemisch integriert. Dabei ist für Frauen die Frage, wie stark sich das Äquivalenzprinzip in den Rentenauszahlungen auswirkt und inwieweit der soziale Ausgleich diesem entgegenwirkt, von zentraler Bedeutung.

Der Rentenuodate der deutschen Rentenversicherung untersucht diese Frage und differenziert dabei zwischen Ost- und Westdeutschland und den zwei Generationen (1957-1961) und (1972-1976). Die Reduzierung der Gender-Gaps am Arbeitsmarkt über die Jahrzehnte spiegelt sich in den Gender-Pension-Gaps (GPG) wider: Die älteren Geburtskohorten im Westen zeigen größere GPGs (48%) als die jüngeren (42%). Im Osten lässt sich dies nicht beobachten, hier hat sich der – allerdings viel niedrigere – GPG (22% bzw. 23%) nicht geschlossen, weil sich die auch niedrigeren Gaps am Arbeitsmarkt wenig verändert haben. Die sozialen Ausgleichselemente sorgen für eine erhebliche Reduzierung des GPG: von 48% auf 31% für die älteren westlichen Jahrgänge, von 42% auf 31% für die jüngeren im Westen. Im Osten (22% auf 5% für die älteren Jahrgänge) kehren sie den GPG für die jüngsten Kohorten sogar um (von 23% auf -6%)!

Bei der bAV sind Männer etwas häufiger beteiligt als Frauen. Es ist ein bekanntes Ergebnis, dass überdurchschnittlich gutverdienende Arbeitskräfte in großen tarifgebundenen Betrieben, die sich eher im öffentlichen Dienst, im Kredit- und Versicherungsgewerbe sowie in der Industrie befinden, überdurchschnittlich über eine bAV verfügen (Statistiken des BMAS-Altersicherungsberichts 2024, Kapitel D). Und dies sind Bereiche, in denen – mit Ausnahme des öffentlichen Dienstes – Frauen und insgesamt Ostdeutschland deutlich unterrepräsentiert sind.

Wenn nur Personen mit einer bAV betrachtet werden, liegt der GPG höher als bei der gesetzlichen Rentenversicherung mit sozialem Ausgleich (Ausnahme von älteren Frauengenerationen im Osten). Er beträgt 43% (ältere

und 25% (jüngere) im Westen und -4% (ältere) und 16% (jüngere) im Osten.

Bei der pAV dreht sich der Beteiligungsgap um (Statistiken des BMAS-Altersicherungsberichts 2024, Kapitel D), was vom Gesetzgeber auch durch die hohe Kinderförderung gesteuert wurde, mit der Folge, dass mehr Frauen als Männer über eine pAV-Anwartschaft verfügen. Allerdings zeigt sich der Gender-Pension-Gap hier im Vergleich der drei Formen der Altersvorsorge am höchsten (56% bis 31% über alle vier betrachteten Gruppen).

**Fazit:** Der Artikel fasst die Mechanismen gut zusammen: Der Gender-Pension-Gap geht zurück, weil die Frauen immer besser in den Arbeitsmarkt integriert werden. „Zudem reduzieren die sozialen Elemente der gesetzlichen Rentenversicherung den GPG merklich. Die Ungleichheiten in der zusätzlichen [freiwilligen] betrieblichen und privaten Altersvorsorge sind stärker ausgeprägt, da soziale Elemente, von denen Frauen besonders profitieren, weitgehend fehlen. Die Riester-Förderung erhöht bei den Frauen zwar die Verbreitung der privaten Altersvorsorge, kann den GPG bei den Anwartschaften aber nicht deutlich verringern.“ „Bei der Weiterentwicklung des Alterssicherungssystems gelte es daher, auch diese Wechselwirkungen in den Blick zu nehmen.“

*Rentenuodate der deutschen Rentenversicherung, Ausgabe #4: 03/2024*

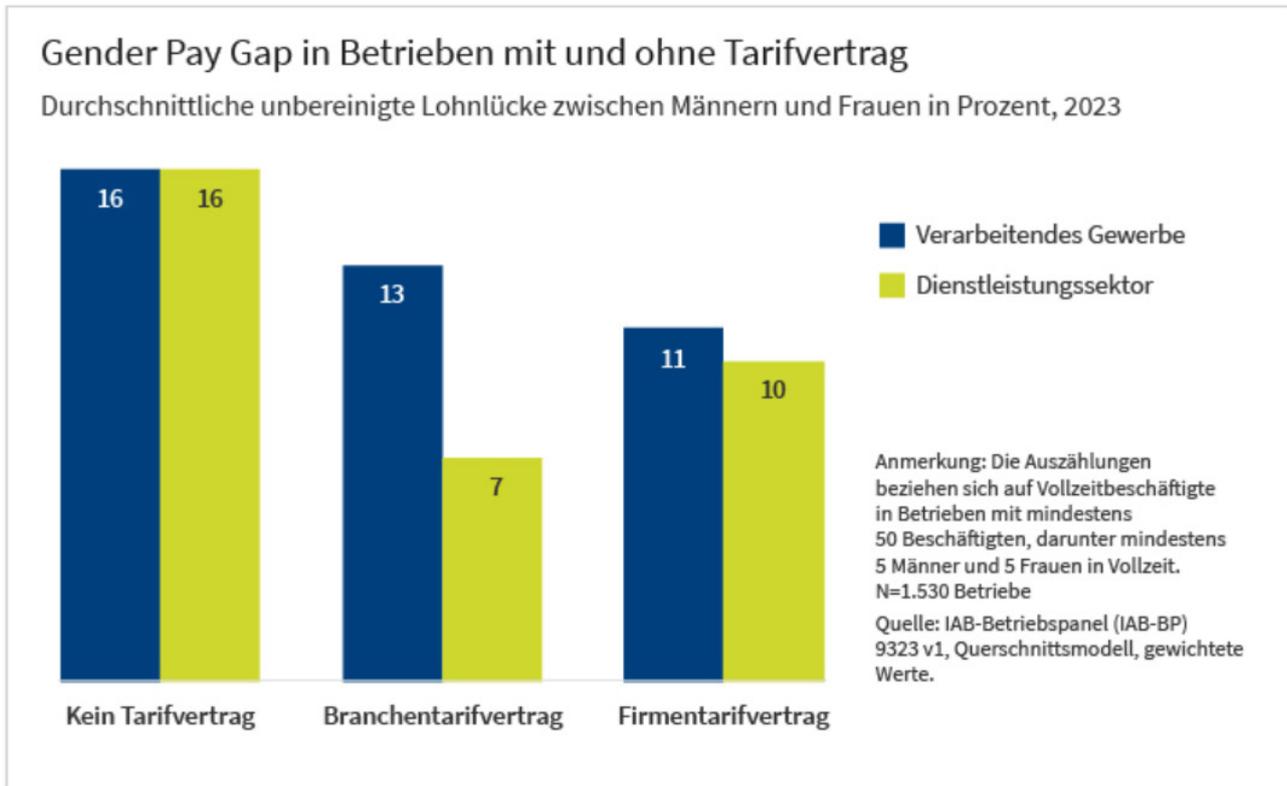
url: [https://rentenuodate.driv-bund.de/DE/1\\_Archiv/Archiv/2024/04\\_Gender\\_Pension\\_Gap.html](https://rentenuodate.driv-bund.de/DE/1_Archiv/Archiv/2024/04_Gender_Pension_Gap.html)

### Zur Autorin

**Camille Logeay** ist Professorin für Volkswirtschaftslehre an der HTW Berlin, ihre Schwerpunkte sind Grundzüge der Volkswirtschaftslehre, Arbeitsmarkt, Sozialpolitik und Ökonometrie, aktuell forscht sie zur Frage der Finanzierung von Renten, sie ist Mitglied des wissenschaftlichen Ausschusses von efas und gehörte der Projektgruppe an, die die Entgeltgleichheit bei Professor\*innen an der HTW Berlin untersucht hat

## In tarifgebundenen Betrieben ist der Gender Pay Gap kleiner

Matthias Collischon und Florian Zimmermann



Der Gender-Pay-Gap ist ein Dauerbrenner unter den Themen der Arbeitsmarktpolitik, denn die großen Lohnunterschiede zu Ungunsten von Frauen sind in den letzten Jahren kaum geschrumpft. Im Jahr 2023 betrug die Lohnlücke zwischen den Geschlechtern laut DeStatis durchschnittlich 18 Prozent. Es stellt sich die Frage, welche Maßnahmen dazu beitragen könnten, diese Lücke zu verringern. Aus Sicht der Gewerkschaften ist unter anderem eine stärkere Tarifbindung ein probates Instrument.

Näheren Aufschluss dazu geben die Daten des IAB Betriebspanels für das Jahr 2023 (siehe Abbildung). Diesen Daten zufolge liegt die Lohnlücke in Betrieben ohne einen Tarifvertrag im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Dienstleistungssektor im Durchschnitt bei 16 Prozent – und damit etwas unter dem von DeStatis ermittelten Wert, da Lohnlücken innerhalb von Betrieben kleiner sind als auf dem Arbeitsmarkt insgesamt.

In Betrieben mit Branchen- oder Firmentarifvertrag fällt die Lücke kleiner aus, sowohl im Verarbeitenden Gewerbe als auch im Dienstleistungssektor.

So liegt der Wert im Verarbeitenden Gewerbe in Betrieben mit Branchentarifvertrag bei 13 Prozent, in Betrieben mit Firmentarifvertrag bei 11 Prozent, im Dienstleistungssektor sind es 7 bzw. 10 Prozent. Diese Ergebnisse legen nahe, dass unabhängig von Sektor und Art des Tarifvertrags die Tarifbindung von Betrieben generell die Lohnlücke zwischen Männern und Frauen verkleinert. Da die hier präsentierten Daten auf einer Querschnittsanalyse basieren, also nur für einen bestimmten Zeitpunkt erhoben wurden, lässt sich jedoch keine eindeutige Aussage darüber treffen, ob die Einführung von Tarifverträgen die Lohnlücke tatsächlich verringern würde. Hinzu kommt,

dass es möglicherweise auch Betriebe ohne Tarifbindung gibt, die ihre weiblichen und männlichen Beschäftigten ähnlich gut bezahlen und bei denen eine Tarifbindung somit kaum einen Effekt hätte. Nichtsdestotrotz deuten unsere Ergebnisse darauf hin, dass eine Tarifbindung von betrieblichen Löhnen zu einer Verkleinerung der Lohnlücke beitragen könnte.

IAB Forum Grafik aktuell, 7. März 2025

[DOI: 10.48720/IAB.FOO.GA.20250307.01](https://doi.org/10.48720/IAB.FOO.GA.20250307.01)

## PUBLIKATIONEN

### **Rezension: Sundermeier, Janina (2024): „It just seems that they don't act like men“ zu Geschlechterrollenstereotypen im Gründungskontext**

in: Journal of Business Research,  
Vol. 185, <https://doi.org/10.1016/j.jbusres.2024.114902>

Claudia Gather

Unternehmen von Frauen sind kleiner, sie erwirtschaften durchschnittlich geringere Umsätze und haben weniger Mitarbeiter\*innen als Unternehmen von Männern. Lange Zeit (manche glauben das heute noch) wurde davon ausgegangen, dass dies an den Frauen selbst liege, die als risikoscheu und wenig durchsetzungsfähig galten. Diese Perspektive hat erstmals eine skandinavische Forscherin in ihrer Dissertation im Jahr 2006 (Ahl 2006) radikal in Frage gestellt. Die Arbeit von Ahl wurde breit in der internationalen feministischen Entrepreneurship-Forschung aufgegriffen und hat zu einem Perspektivwechsel geführt. Der männliche Unternehmer bildet eine allgemeine Norm, so Ahl (2006) kritisch, woran andere unternehmerisch Handelnde, wie Frauen und Angehörige von Minderheiten, gemessen und als abweichend oder defizitär bewertet werden (Ahl/Marlow 2012: 555, siehe dazu auch Achtenhagen/Welter 2011; Gather et al. 2014 und 2017). Im Anschluss an Ahl wurde gefragt, welche Bedingungen in der sozialen Umwelt eines Unternehmens herrschen und wie diese Umwelt Unternehmerinnen begegnet (Henry et al. 2020; von der Bey & Röhr 2017; Marlow 2020; Mustafa & Treanor 2022). So ist die Umwelt oft wenig ermutigend für Unternehmerinnen und sie erfahren systematisch Benachteiligungen z.B. beim Zugang zu Ressourcen wie Finanzmittel. Ihnen wird geringeres innovatives Potential unterstellt und angenommen, sie seien risikoavers. Insgesamt führt „gender stereotyping“ für Frauen im Unternehmertum zu vielfältigen, negativen und auch diskriminierenden Konsequenzen (siehe als Überblick: Jennings & Tonoyan 2022).

Hat sich dieser Perspektivwechsel in der sozialwissenschaftlichen Forschung über selbständige Frauen weitgehend durchgesetzt, ist er in der deutschen betriebswirtschaftlichen Forschung eher selten. Umso mehr hat es mich gefreut, dass Janina Sundermeier, Professorin für BWL an der FU Berlin, mit ihrer Forschung auf dieser internationalen feministischen Diskussion aufbaut.

Sundermeier interessiert sich für die eher kleine Gruppe der Startups, in der der Frauenanteil besonders gering ist; er liegt in Deutschland aktuell bei knapp 19% (Bundesverband Deutscher Startups 2024). Bei der Gründung von Startups spielen Innovationen eine wichtige Rolle. Sundermeier untersucht, wie Unternehmerinnen Geschlechterstereotypen, die sich auf ihr innovatives unternehmerisches Handeln beziehen (und die zu systematischen Benachteiligungen führen), wahrnehmen und wie sie darauf reagieren. Das

Ergebnis vorweggenommen: Sie kann zeigen, dass die Unternehmerinnen Strategien entwickeln, mit denen sie Geschlechterstereotypen aktiv begegnen.

Die Empirie der Untersuchung Sundermeiers beruht auf einer ethnografischen Feldstudie in der Startup-Szene in Berlin. Über vier Jahre hat sie Events besucht und mit Gründer\*innen und Personen aus dem Startup-Umfeld Gespräche geführt. Basis der Auswertung sind ihre Feldnotizen. Gesprochen hat Frau Sundermeier mit 46 weiblichen sowie 39 männlichen Startup-Gründern sowie ca. 100 Personen aus dem umgebenden Ökosystem, wie Gründungsberater\*innen, Investor\*innen, Business Angels, Politiker\*innen, Banker\*innen, etc. Die dabei entstandenen Feldnotizen wurden kodiert und aggregierte Dimensionen gebildet. Bei der Gründung innovativer Startups sind nach Sundermeier folgende Dimensionen relevant: 1. Die Entdeckung von Innovationspotential, 2. das Risikomanagement, 3. die interne Koordinierung von Wertschöpfungsprozessen sowie 4. die Entdeckung von Gelegenheiten und Marktlücken.

Der größte Teil des Beitrags ist der ausführlichen Darstellung der Auswertung der Interviews in Bezug auf die genannten Dimensionen, teilweise auch in Tabellenform, gewidmet. Hier erfahren wir zunächst einiges Interessantes darüber, wie Startup-Gründerinnen sich behandelt fühlen. So werden ihre Innovationen belächelt und als Hobby abgewertet, ihre Vorhaben werden kritischer diskutiert und der Bedarf für ihre Innovationen wird nicht gesehen oder als gering eingeschätzt, u.a. weil die männlichen Investoren sich bezüglich des Bedarfs der Zielgruppe für das Produkt nicht auskennen (z. B. bei Produkten für Frauen oder Mütter). Eine Gründerin berichtet, dass sie als naives kleines Mädchen mit großen Träumen und Illusionen behandelt wurde. Der Zugang zu finanziellen Ressourcen und Unterstützung ist erschwert oder wird verweigert. Es verwundert nicht, dass die Gründerinnen aufgrund der skeptischen Haltung vor allem der männlichen Startup-Umwelt selbst anfangen, das Vertrauen in ihre eigenen Innovationen zu verlieren. Das kann so weit gehen, dass die Frauen ihre Vorhaben aufgeben. Gründerinnen wird zudem unterstellt, dass sie risikoavers seien und den risikoärmsten Weg wählen. Mit welchen Strategien wird auf diese Vorurteile reagiert? Entsprechend der Mitarbeiterin einer Beratungseinrichtung muss den geschlechtsspezifischen Stereotypen offen entgegengetreten werden, z.B. indem sie bei Veranstaltungen oder entsprechenden Events thematisiert und so das Bewusstsein für sie geschärft

wird. Es wird dazu auch eine Gründerin zitiert, die z.B. direkt nachfragt, welche Belege das Gegenüber für die Unterstellung habe, dass Frauen risikoavers seien. Insgesamt müssen Frauen mehr Einsatz bringen, um dominante Player zu überzeugen, so die Aussagen aus den Interviews.

Unternehmen von Frauen zielten auf ein langsames Wachstum und würden alles tun, um nicht zu scheitern, so das Vorurteil. Die Gründerinnen bekommen durch solche Vorurteile das Gefühl, sie kämpfen gegen Stereotype an, die nichts mit ihnen persönlich zu tun haben. Des Weiteren haben diese Vorurteile zur Folge, dass männliche Gründer bei Pitches öfter nach den potentiellen Chancen und Möglichkeiten, Frauen hingegen nach den Risiken gefragt werden. Ähnlich verhält es sich bei dem antizipierten Führungsverhalten: Angestellte wie auch Investor\*innen von Gründerinnen unterstellen Frauen ein gefühlbetontes Führen (emotional conscious leadership). Es wird erwartet, dass sie fürsorglich sind und auf persönliche Probleme der Angestellten eingehen. Dazu passt, dass z.B. von Investor\*innenseite unterstellt wird Gründerinnen seien eher emotional und damit weniger durchsetzungsfähige Führungspersönlichkeiten in der wettbewerbsorientierten Startup-Landschaft. Auch hier wird als Gegenstrategie berichtet, dass es helfen könne, die Stereotype offenzulegen und bewusstzumachen, z.B. haben zwei Gründerinnen workshops dazu mit ihren Mitarbeiter\*innen abgehalten.

Es gelingt Sundermeier zu zeigen, dass Gründerinnen (auch in der Startup- Szene) vielfältigen Stereotypen ausgesetzt sind, die sich negativ auf die Verwirklichung ihrer Vorhaben auswirken. Die Gründerinnen nehmen wahr, dass es unbewusste Stereotypen gibt, die sich nicht mit ihrer Selbsteinschätzung decken und reagieren darauf, so Sundermeier. Viele sind nicht bereit, die stereotype Einordnung ihrer Gründung als weiblich und damit als schwach und als Nischenexistenz zu akzeptieren. Ihre Reaktionen beinhalten das Offenlegen der Stereotype z.B. mittels der Konfrontation der Akteure mit ihren stereotypen Bildern. Sie beinhalten aber auch den Rückzug aus Interaktionen mit skeptischen Partner\*innen und haben stattdessen die Bildung von strategischen Allianzen mit Partner\*innen zufolge, die positiv reagieren und ihre Innovationen unterstützen.<sup>1</sup>

Sundermeiers Forschung ist wirklich interessant. Meines Wissens gibt es zu der Frage, wie Gründerinnen auf eine Umwelt reagieren, die ihnen Hindernisse in den Weg legt und weniger zutraut, bislang kaum Forschung. Ähnlich wie dies schon Lewis (2006) beschrieb, sehen sich die Gründerinnen selbst offenbar nicht als abweichend. In den Gesprächen mit Sundermeier wird eine eher reflektierte und kritische Haltung dazu sichtbar. Zu fragen wäre nach den Voraussetzungen dieser Selbsteinschätzung: Hat dies z.B. etwas mit der vorherigen Ausbildung (z.B. einem Studium der BWL, Studium in männerdominierten Fächern) und/oder der Branche der Gründung zu tun? Unterscheiden sich das Geschlechterstereotyp und die Reaktion darauf je nachdem, ob es sich um Frauen- oder Männerbranchen

handelt? Warum halten sich Geschlechterstereotype gegenüber Unternehmerinnen weiterhin so hartnäckig? Ohne Zweifel gibt es in diesem Feld noch viel zu erforschen.

Sundermeier kann mit ihrem Beitrag im Anschluss an die internationale Forschung auch für die Startup-Szene in Berlin zeigen, dass es nicht die Gründerinnen sind, die schlechter performen, sondern das durch und durch männliche Unternehmerstereotyp, das sie als Gründerinnen behindert. Neu und besonders interessant ist ihr Befund, dass die Startup-Gründerinnen Strategien entwickelt haben, mit denen sie aktiv gegensteuern. Ihre Forschung ist nicht nur theoretisch, sondern auch politisch wichtig, weil daraus Ansätze abgeleitet werden können, um Gründerinnen in ihren Vorhaben zu bestärken und gezielt zu unterstützen.

## Literatur

- Achtenhagen, Leona & Welter, Friederike (2011): 'Surfing on the ironing board' – the representation of women's entrepreneurship in German newspapers. *Entrepreneurship & Regional Development* 23(9-10): 763-786.
- Ahl, Helene (2006). Why research on women entrepreneurs needs new directions *Entrepreneurship: Theory & Practice* 30(5), 595-621.
- Ahl, Helene & Marlow, Susan (2012). Exploring the dynamics of gender, feminism and entrepreneurship: advancing debate to escape a dead end? *Organization* 19(5), 543 – 562.
- Bode, Denise (2019): Mit Strategie zur Gleichberechtigung? Verhandlungsführung selbstständiger Frauen als Mittel zur Reduzierung des Gender Income Gap, Discussion Paper 38 des Harriet Taylor-Mill-Instituts Berlin.
- Bundesverband Deutsches Startups (2024). Deutscher Startup Monitor 2024. <https://startupverband.de/research/deutscher-startup-monitor/>.
- Gather, Claudia, Biermann, Ingrid, Schürmann, Lena, Ulbricht, Susan & Ziprian, Heinz (Hrsg.) (2014): Die Vielfalt der Selbständigkeit – Sozialwissenschaftliche Beiträge zu einer Erwerbsform im Wandel. Berlin: edition sigma.
- Gather, Claudia, Schürmann, Lena & Trenkmann, Jeannette (2017). (Solo-)Selbständigkeit als gleichstellungspolitische Herausforderung. Expertise für den 2. Gleichstellungsbericht der Bundesregierung. <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/227344/a0a610396cc1a298dd82e4710ba786b5/gather-claudia-schuermann-lena-trenkmann-jeannette-solo-selbstaendigkeit-als-gleichstellungspolitische-herausforderung-data.pdf>
- Henry, Colette, Foss, Lene & Lewis, K. V. (2020). Guest editorial. Exploring the legacy of gender and entrepreneurship scholars. *International Journal of Gender and Entrepreneurship* 12(1), 1-6.
- Jennings, Jennifer E. & Tonoyan, Vartuhi (2022). Research on Gender Stereotyping and Entrepreneurship: Suggestions for Some Paths Worth Pursuing. *Entrepreneurship Research Journal*, 12(3), 187-212. <https://doi.org/10.1515/erj-2022-0235>
- Lewis, Patricia 2006: The Quest for Invisibility: Female Entrepreneurs and the Masculine Norm of Entrepreneurship *Gender, Work and Organization*. 13(5): 453-469.
- Marlow, Susan (2020). Gender and entrepreneurship: past achievements and future possibilities. *International Journal of Gender and Entrepreneurship* 12(1), 39-52.
- Mustafa, Michael & Treanor Lorna (2022). Gender and Entrepreneurship in the New Era. *Entrepreneurship Research Journal*, 12(3), 216-226. <https://doi.org/10.1515/erj-2022-0235>.
- von der Bey, K. & Röhr, U. (2017). Innovationen vom Tellerrand: Die Rolle von Unternehmensgründerinnen in der Ökonomie nachhaltigen Wirtschaftens. In W. Keck (Hrsg.), *CSR und Kleinstunternehmen* (S. 125-136). Springer.

1) Welche weiteren Reaktionsmuster es neben den hier gezeigten gibt, wäre noch zu untersuchen (siehe Bode 2019, die jedoch lediglich erste Thesen in diese Richtung formuliert).

### Zur Autorin

**Claudia Gather** war Professorin für Gesellschaftswissenschaften mit dem Schwerpunkt Ökonomie und Geschlechterverhältnisse an der Hochschule für Wirtschaft und Recht. Ihr Forschungsschwerpunkt ist die Selbstständigkeit von Frauen. Sie ist eine der Gründerinnen der Genossenschaft WeiberWirtschaft und war Redakteurin der Feministischen Studien.

## **Rezension: Social Entrepreneurship in Deutschland. Handbuch für Wissenschaft und Praxis von Philipp Kenel/ Jennifer Eschweiler/ Helga Hackenberg/ Michael Wihlenda (Hg.) Bielefeld. Utb/ Transcript Verlag), 2025, 326 S.**

Kirsten Kohlhaw

Ziel des vorliegenden Handbuchs ist es, relevante Teilaspekte von Social Entrepreneurship (SE) strukturiert aufzufächern und unter Berücksichtigung seiner fragmentierten theoretischen Fundierung ein gemeinsames Verständnis von SE bereitzustellen. Das Werk richtet sich an Forschende und Lehrende in den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften sowie der Wirtschaftsdidaktik, an fachliche und politische Interessenvertretungen von SE-Initiativen und Netzwerken und an weitere Anspruchsgruppen, die gesellschaftlich relevante Veränderungsprozesse mit unternehmerischen Mitteln innovativ gestalten und nachfolgende Generationen zu gesellschaftlicher Transformation befähigen wollen. In ihrem Überblick über den Forschungsstand zu SE in Deutschland arbeiten die Herausgeber:innen SE-immanente Zielkonflikte zwischen sozialwissenschaftlichen und ökonomischen Narrativen heraus. Diese entstehen beispielsweise, wenn man sich SE „durch die Perspektive (nur) einer Theorie“ (S. 16) nähert und immer wieder feststellt, wie sich Untersuchungsgegenstände dichotomen Zuschreibungsversuchen (sozial oder ökonomisch) entziehen.

Der Anspruch, SE tiefer zu durchdringen, scheint mit herkömmlichen Denkmustern zu kollidieren, die die ganzheitliche humanistische, psychologische und wirtschaftsphilosophische Basierung bestimmter Phänomene innerhalb des vielfältigen Feldes Entrepreneurship außer Acht lassen. Das ist insofern spannend, als sich dies auch in Überblicks-Publikationen zu Artists und Craft Entrepreneurship (Bell et al. 2018, Dana et al. 2022; Naudin/Patel, 2020) beobachten lässt. Auch dort wird die Schwierigkeit, Craft Businesses als entweder künstlerisch oder ökonomisch zu charakterisieren, noch recht defensiv angegangen. Als müsste man sich heutzutage immer noch dafür entschuldigen, wenn man primär nach sozialer, ökologischer, kultureller und persönlicher Wertschöpfung strebt und Renditeerwartungen und -maximierung lediglich das notwendige Mittel darstellen, um die eigenen Vorstellungen von sinnstiftender Existenz, Verbundenheit und wertigen Gütern für die Gemeinschaft leben zu können.

In dem Bestreben, „ein gemeinsames Verständnis“ (S. 19) über SE herzustellen, wurden die insgesamt 16 Beiträge des Handbuchs in drei Teile gegliedert, die die thematische Bandbreite, Relevanz und das Potenzial von SE entlang analytischer Betrachtungsebenen (Gesellschaft, Organisationsstrukturen und Umsetzung) differenziert

herausstellen. Einen instruktiven Auftakt bildet der Beitrag von Nicole Göler von Ravensburg zur gesellschaftlichen Einbettung verschiedener sozialökonomischer Traditionen in Deutschland (S. 39-60). Die Autorin gibt einen Überblick über die Ursprünge der verschiedenen organisationalen Ausprägungen frühen Sozialunternehmertums. Diese historische Herleitung leistet dreierlei: Sie fördert 1. das Verständnis dafür, warum sich in Deutschland keine eigene Économie sociale entwickelt hat, sie hilft 2. die oben beschriebenen Antagonismen im SE besser zu verstehen und 3. die heutigen Erscheinungsformen von SE in ihrer Polyvalenz zu begreifen.

Inspirierend ist auch die Position von Ralph Richter, der Social Entrepreneurship Organisationen (SEO) als gesellschaftliches Labor für soziale Innovationen (SI) diskutiert. Er zeichnet nach, mit welchen Herausforderungen SE und SI in Theorie und Praxis konfrontiert sind. Während sich die Forschung weiterhin in einem unübersichtlichen Feld voller begrifflicher Unschärfen bewegt und Schwierigkeiten zeigt, empirische Befunde in der Rückanbindung klar dem SI oder dem SE zuzuordnen, kämpft die Praxis nach wie vor damit, dass die Ideenskalierung von SE deutlich einfacher zu erreichen scheint als die Skalierung gesellschaftlicher Wirkung. Lehrende, die sich jenseits solcher Spannungen zunächst für die Befähigung zukünftiger Changemaker engagieren, finden in dem Beitrag von Ilona Ebbers und Jana Krüger (S. 119-138) über Einsatzformen und Wirkungsfelder von Social Entrepreneurship Education (SEE) im schulischen Umfeld neben den analytischen Grundlagen und theoretischen Referenzrahmen auch ein konkretes unterrichtspraktisches Fallbeispiel.

Die Beiträge in Teil II zeigen SE im Spannungsfeld zwischen marktwirtschaftlichem und zivilgesellschaftlichem Sektor. Auf Seiten der Akteur:innen zeigt sich dies in den zwei initialen Fragen: Wie will ich sozial und unternehmerisch wirken in meinem Da-sein (Identität), und: In welchem Umfeld findet meine eigene Wertebasierung die größte Passung und den größten Raum für Wirkungsskalierung? Indem Carolin Waldner zur Schärfung eines ‚Paradox-Mindset‘ (S. 150) aufruft, macht sie einen Vorschlag, wie sich der proaktive Umgang mit konfligierenden Kräften (S. 142) erlernen lässt. Unstimmigkeiten zwischen institutionellem Kontext und akteursbezogenen Spezifika tun sich auch im Bereich von SE und Sozialer Arbeit auf. Katrin Schneiders führt hier auf ein komplexes Diskussionsfeld, das bis in

die Verortung der Sozialpädagogik hineinreicht. Indem sie begriffliche und programmatische Zuschreibungen von Ausbildungswegen, Berufsfeldern und Wirkräumen im Zusammenhang mit SE aufdeckt, hilft sie, dahinterliegende Strukturen politischer und finanzieller Förderung besser zu verstehen, inklusive des Konfliktpotenzials, das vereinnahmende Attribuierungen mit sich bringen können. Eine solide Bestandsaufnahme zu SE aus intersektionaler Perspektive liefert der Beitrag „Geschlechterparität im Social Entrepreneurship?“ von Claudia Gather, Lena Schürmann und Ingrid Biermann, der absichtsvoll als Frage formuliert ist (S. 205-221). Zwar zeigt die Studienlage im SE – im Gegensatz zu Startup-Entrepreneurship und kommerziellen Unternehmen – ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis, dazu einen hohen Anteil von Frauen über 50 (S. 207), doch finden sich ebenso viele Hinweise auf berufliche und branchenspezifische Segregationsmuster, Einkommensunterschiede und andere Indikatoren für Geschlechterungleichheiten, hinzu kommt ein hoher Anteil an solo-selbstständigen und nebenerwerblichen Gründungen. Über die Analyse von bereits bekannten Stereotypen, Inszenierungen und Zuschreibungen hinaus verweisen die Autorinnen auf Diversitätsdimensionen und Kategorien für mehrschichtige Benachteiligung wie Migrationsgeschichte und »race«, die in Deutschland bislang noch nicht untersucht worden sind.

In Teil III werden Anknüpfungspunkte für den Austausch untereinander skizziert, die helfen, gegenüber Entscheider:innen unterschiedlicher Anteilsgruppen auf Augenhöhe zu agieren. U.a. wird thematisiert, wie Klarheit durch wirksame Messinstrumente geliefert werden kann, und es wird in ein breiteres Verständnis von Wertschöpfung und gesellschaftlichem Wertnutzen eingeführt. Beispielhaft seien hier die Beiträge zu Wirkungsmessung (vgl. Penz/Olteanu, S. 251-266) und Impact Investing (Freiburg/Spiess-Knafl, S. 267-280) genannt. Die Autor:innen belegen, mit welchen Instrumenten die Kennzahlenfokussierung ökonomischer Narrative, die nach wie vor von finanzieller Wertschöpfung dominiert werden, helfen kann, die vielgestaltigen Leistungen von Gemeinwohlorientierten Unternehmen (GU) wie SEO umfassender darzustellen. Die Beiträge modellieren neue Wege für die praktische Umsetzung, indem sie Bestandsaufnahmen aus der Praxis heraus formulieren. Somit bietet dieser dritte Teil wertvolle Einsichten in die Notwendigkeit und Möglichkeit von Kategorisierungen, die spätestens im Zusammenhang mit Förderinstrumenten an Bedeutung gewinnen werden.

Ja, das besprochene Handbuch ist für Forscher:innen, Studierende und Praktiker:innen geeignet. Zwar vermag es am Ende kein gemeinsames Verständnis von SE herzustellen, dafür bietet es ein in dieser Form neuartiges und sehr fundiertes Angebot, in den einzelnen Beitragsgruppen

– je nach eigener Aufgabenstellung – Entdeckungen zu machen, die den eigenen Wirkungsraum anreichern. Auch dass sich der Sammelband thematisch absichtsvoll auf die Bestandsaufnahme von SE in Deutschland begrenzt, ist nachvollziehbar. Nach der kontrastierenden Einordnung der unterschiedlichen theoretischen Fundierungen im deutschsprachigen und anglosächsischen Raum und dem Verweis auf dortige empirische Forschungsaktivitäten zu Beginn des Buches hätte sich die Rezensentin dennoch einen Beitrag gewünscht, der Unterschiede in internationalen Diskurslinien und Diversitätsdimensionen des Phänomens SE skizziert und die perspektivische Fülle des Handbuchs auf dieser Ebene erweitert. Ein besseres Verständnis darüber zu erlangen, welche Ausprägungen von SE in welchen geografischen Räumen von welchen Anspruchsgruppen in welcher Schwerpunktsetzung vorangetrieben und diskutiert werden, kann mögliche transdisziplinäre Synergieeffekte einer vernetzten Welt nur befördern und zusätzliche Inspiration für die eigene Positionierung liefern.

In seiner Pluriperspektivität liefert das Handbuch eine reichhaltige Grundlage für Akteur:innen und Forschende unterschiedlicher Disziplinen, um miteinander in den Austausch zu kommen und im Gespräch zu bleiben. Einladungen, antagonistische Kraftfelder über Diversitätsdimensionen hinweg zu überbrücken, können gar nicht häufig genug formuliert werden (Kohlhaw, 2024). Und nicht zuletzt ist der emanzipatorische Beitrag des Handbuchs SE zu würdigen, sich von neoklassisch geprägten Narrativen der Wirtschaftslehre zu emanzipieren und den Denkrahmen zu erweitern. Bis für den Raum zwischen dem »Gesellschaftlichen« und dem »Ökonomischen« ein Ort gefunden ist, gilt es für alle Akteure in SE, SI und SEO, den inter- und transdisziplinären Austausch zwischen unterschiedlichen, koexistierenden Verständnissen von SE zu befördern und die Wege zur jeweiligen Erkenntnis inklusiv zu gestalten, so dass sie von möglichst vielen mitgegangen werden können.

#### Literatur:

- Bell, E., u. a. (2018): *The organization of craft work: Identities, meanings, and materiality*. Routledge
- Dana et al. (2022): Dana, Léo-Paul, u. a., Herausgeber. *Artisan and Handicraft Entrepreneurs: Past, Present, and Future*. Springer International Publishing
- Kenel, P. (2024). *Social Entrepreneurship in Germany. An Analysis of the Media Discourse from 1999 to 2021*. Bielefeld: transcript.
- Kohlhaw, K. (2024). *Einladung zum Brückenschlag zwischen Manufakturforchung und Craft Entrepreneurship aus der Sicht der Entrepreneurship-Forschung unter Einbeziehung verschiedener Diversitätsdimensionen*. ZDfm-Zeitschrift für Diversitätsforschung und-management, 9(2), 174-179
- Naudin, A./Patel, K. (2020): *Craft entrepreneurship*. Rowman & Littlefield Publishers, 2020.

#### Zur Autorin

**Kirsten Kohlhaw M. A.** forscht und lehrt im Bereich Social, Artist und Craft Entrepreneurship sowie Social Innovation an der ASH Berlin, der HWR Berlin und Hochschulen für Künste und kreative Gestaltung (u. a. HfG Offenbach und HfK Bremen). Sie ist Gründungsmitglied des Baumhaus Berlin e. V., einem Ort für Weltverbesser:innen im Berliner Wedding, sowie Mentorin für Entrepreneurial Design im Komponentenportal der Stiftung Entrepreneurship. Unter der Überschrift commotivation befähigt sie Changemaker in der wertebasierten Unternehmer:innen-Persönlichkeitsentwicklung, speziell der systemischen Entwicklung persönlicher und organisationaler Kompetenzen. /[kirsten-kohlhaw.de](https://kirsten-kohlhaw.de)

## Rezension: Wir kümmern uns – Diskussionsbeiträge zum sorgenden Staat im neuen Wirtschaftsmagazin SURPLUS

Friederike Maier

Seit Beginn diesen Jahres gibt es ein neues Wirtschaftsmagazin, in gedruckter Form alle zwei Monate, online mit wöchentlich bzw. täglich neuen Beiträgen, verfasst von engagierten Ökonominen und Ökonomen. Die Macherinnen und Macher begründen ihre Initiative so:

„Warum brauchte es ein neues Wirtschaftsmagazin? Heute dominieren in den Wirtschaftsmedien die Stimmen des freien Marktes und der kalten Austerität. Kommentare, die für mehr Markt und weniger Staat plädieren, sind allgegenwärtig. Auf der anderen Seite – dort, wo die Interessen der breiten Mehrheit im Mittelpunkt stehen, nicht die der Reichsten – fehlt ein Wirtschaftsmagazin, das zugleich relevant, modern und fundiert ist. Genau hier setzt das Wirtschaftsmagazin Surplus an. Es schafft ein dringend benötigtes Gegengewicht zum wirtschaftsliberalen Mainstream und knüpft an die Anfänge eines Paradigmenwechsels an.“

Die Initiatorinnen und Initiatoren des neuen Magazins sind auch international sehr bekannte Ökonominen und Ökonomen wie Adam Tooze, Isabella Weber, Mariana Mazzucato, Thomas Piketty. Es haben bisher viele renommierte Autorinnen und Autoren Beiträge geschrieben<sup>1</sup>, das Themenspektrum ist breit und umfasst praktisch alle zurzeit diskutierten Aspekte der Wirtschaftspolitik national und international. Seinen Anspruch, zu einem paradigmatischen Wechsel in der wirtschaftspolitischen Diskussion beizutragen, setzt das Magazin durch einen pluralen Ansatz um. Hinzu kommt ein modernes Layout der gedruckten Ausgabe wie auch der online Beiträge. Alles in allem ein bemerkenswerter Start eines neuen Magazins, dem man nur viele Abonnentinnen und Abonnenten wünschen kann!

Die neueste dritte gedruckte Ausgabe vom Juni 2025 hat den thematischen Schwerpunkt „Sorgearbeit und Care“. Unter dem Titel „Wir kümmern uns – Neoliberale schaffen einen Staat, der die Menschen allein lässt. Doch es braucht gemeinsame Fürsorge“ werden in 11 Beiträgen, d.h. der Hälfte des Heftes, grundlegende Fragen von Care, Fürsorge, Sorgeökonomie, sorgendem Staat theoretisch wie empirisch behandelt. Die Beiträge wollen die Diskussion „vom sorglosen zum sorgenden Staat“ verschieben und durch eine kritische Analyse der neoliberalen Familien- und Sozialpolitik Ansatzpunkte für Veränderungen herausarbeiten.

Besonders hervorheben möchte ich dabei das Interview mit Melinda Cooper, einer australischen Soziologin, die sehr klar herausarbeitet, wie neoliberale Politiken Risiken der ökonomischen Entwicklung immer auf Familien abgewälzt haben, wobei Familie nicht zwangsläufig eine im konservativen Sinn eng definierte Kernfamilie

sein muss. Durch ihre auch historisch gestützte Analyse kommt sie zu dem Schluss: „Wir neigen dazu, nur zwei Alternativen zu sehen: das Familienverantwortungsmodell des Neoliberalismus, bei dem der Staat die Kosten der Care-Arbeit aufs Private, also in die Familie überträgt, oder eben das keynesianische Familien-Lohnsystem, bei dem der Staat die Care-Arbeit von Frauen indirekt über die Ehemänner subventioniert.“

Der keynesianische Wohlfahrtsstaat subventioniert die Care-Arbeit in der Familie, knüpft aber gleichzeitig strenge normative Bedingungen an Frauen: Sie müssen mit einem Mann verheiratet sein, um über ihn eine Art Lohn zu erhalten, und drohen andernfalls in extreme Armut zu stürzen. Frauen lehnten diese heterosexuelle Abhängigkeitsbeziehung massenhaft ab, als sie in den 1960er und 1970er Jahren verstärkt wieder in den Arbeitsmarkt eintraten. Der Neoliberalismus ist eine kapitalistische Anpassung an diese Entwicklung. Er akzeptiert die Arbeit von Frauen außerhalb des Haushaltes, wenn auch nur zu ungleichen Bedingungen und zu ungleichen Löhnen. Und er akzeptiert ein breiteres Spektrum »nicht-normativer« Verwandtschaftsbeziehungen. Dennoch bürden beide Systeme die extreme Last der unbezahlten Care-Arbeit den Frauen auf. (...)

Die Vorstellung, Wirtschaftsliberalismus – oder Neoliberalismus – stünden im Widerspruch zur Familie, ist einfach falsch. Der Wirtschaftsliberalismus braucht die Familie als fundamentale Quelle ökonomischer Sicherheit; die Familie entbindet den Staat von der Verantwortung für Sozialleistungen und Fürsorge. Solange sich Linke nur auf den Wirtschaftsliberalismus in einer idealisierten Form konzentrieren, fördern sie letztlich eine Form des linken Sozialkonservatismus, in dem Widerstand gegen den Kapitalismus mit einer Wiederherstellung der Familie und sozusagen einer »Wieder-Inwertsetzung« der Rolle der Frau innerhalb der Familie einhergeht. Diese Politik nimmt zunehmend eine demografisch-pronatalistische Form an. Es herrscht die weit verbreitete Sorge, Frauen seien überqualifiziert und selbstverwöhnt geworden und vernachlässigten daher ihre essenziellen Pflichten gegenüber Familie und Nation.“ (S. 5-8)

Im Interview verweist sie auf pronatalistische Politiken in den USA oder Ungarn, auf das Angewiesensein größerer Teile der Bevölkerung auf materielle Unterstützung durch die Familien im weiteren Sinn und warnt vor der Romantisierung dieser Familienformen: „Formen der »erweiterten Familienbeziehung« werden oft als nicht-normative oder alternative Formen der Verwandtschaft romantisiert, möglicherweise aus kulturellen Präferenzen heraus, aber tatsächlich sollten sie ebenfalls als eine ganz eigene Form der Armutsbekämpfung gesehen werden. (...) Man kann so viele queere Alternativen schaffen, wie man will; sie werden letztlich die ökonomische Rolle spielen, die ihnen der Neoliberalismus zuweist.“ Ihren eigenen Ansatz skizziert Melinda Cooper wie folgt: „Die Möglichkeit,

1) Überblick über die Autorinnen und Autoren: <https://www.surplusmagazin.de/autoren/>

außerhalb von Ehe und Familie zu leben, hängt vom Schaffen einer echten kollektiven Finanzierung, kostenlosen öffentlichen Dienstleistungen und der Verfügbarkeit eines bedingungslosen armutsfesten Lohns ab. Ohne diese Voraussetzungen sind Forderungen nach der Abschaffung von Ehe und Familie nichtig und pseudoradikal. (...) Ich glaube, wir befinden uns in einer Phase, in der viele Menschen zu denselben Fragen gelangen, auch wenn sie nicht in einer einheitlichen Bewegung zusammenkommen. Es gibt ein unglaublich großes Interesse an Fragen der öffentlichen Finanzen, am deutlichsten in der Modern Monetary Theory, aber auch in der postkeynesianischen Linken im Allgemeinen.“ (S.9)

Die weiteren Beiträge des Heftes analysieren schlaglichtartig Beispiele der neoliberalen Familien- und Sorgpolitik vor allem in Deutschland: Jo Lücke setzt sich unter der Überschrift „Die falschen Erfolge der Sorgpolitik“ mit Elterngeld und Ehegatten Splitting auseinander, Friederike Beier stellt den neoliberalen und linken Kampf um die Familie dar: „Linke Politik scheut sich hingegen, den Familismus grundlegend infrage zu stellen, denn gewerkschaftliche und linke Kräfte waren selbst historisch daran beteiligt, einen hetero-patriarchalen Familismus zu zementieren. Ein alleiniger Fokus auf Klassenpolitik führte nicht selten dazu, dass intersektionale Ungleichheiten wie durch »Race« oder Geschlecht nicht berücksichtigt und weiter verschärft wurden. Dagegen verweisen queerfeministische Ansätze auf die Dekonstruktion oder Abschaffung der Familie (»Family Abolition«). Das bedeutet etwa, die historisch gewachsene Form der heterosexuellen Kleinfamilie aus Vater, Mutter und Kindern durch andere Modelle zu ersetzen, welche geschlechtliche und sexuelle Vielfalt, Wahlverwandtschaft und gegenseitige Fürsorge in Care-Communities einschließen. Verschiedene alternative Modelle der Reproduktion und Fürsorge gab es bereits in diversen historischen und geografischen Kontexten – wie die Begijnhöfe in den Niederlanden, kommunalkis in der Sowjetunion, das Einküchenhaus in Berlin oder das Dorf Nashira in Kolumbien. Alternativen zur Kleinfamilie aufzubauen, bedürfte jedoch einer radikalen Reflexion der eigenen verinnerlichten Familienvorstellungen sowie des eigenen Nutzens des bestehenden patriarchalen und heteronormativen Systems.“ (S. 16).

Zwei Beiträge beschäftigen sich vor allem empirisch mit Fragen der öffentlichen Kinderbetreuung: Viktoria Reich beschreibt die aktuelle Lage in den deutschen Kitas anhand einer engagierten Reportage unter der Überschrift „Kaputte Kitas“. Katharina Spieß nennt ihre Analyse „Kita-Politik ist der Schlüssel“ und arbeitet heraus, warum Investitionen in Kitas positive Folgen für die Gesellschaft haben. Sie helfen Ungleichheiten abzubauen, die frühkindliche Erziehung zu fördern und die Integration voranzubringen. Ohne Kindertagesbetreuung wären die Erwerbstätigkeit und das Stundenvolumen der Erwerbsarbeit von Müttern geringer, der Ausbau der Betreuungsplätze hat messbare Effekte auf die Erwerbsquote. „Von einer besseren Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit profitieren aber nicht nur die betroffenen Familien, deren Einkommen steigt, sondern auch die Gesellschaft insgesamt. Gerade bei einkommensschwachen Haushalten kann die Betreuung den Unterschied machen: Sie verhindert, dass Familien

– allen voran Alleinerziehende – in Armut geraten. Mütter profitieren außerdem langfristig: Kürzere Unterbrechungen der Erwerbsbiografie wirken sich positiv auf das Lebenseinkommen sowie die Alterssicherung aus. Insgesamt entstehen durch die stärkere Erwerbstätigkeit wichtige Impulse für das Wirtschaftswachstum, insbesondere im Kontext des demografischen Wandels und dem damit verbundenen Fachkräftemangel.“ (S.24). Lukas Scholle, einer der Gründer und zugleich Chefredakteur von Surplus, verweist in seinem Editorial auf einen weiteren Aspekt der Investition in Kinderbetreuung: „Dabei zeigt jede Kindertagesstätte, wie irrsinnig auch bei der Sorgarbeit das blinde Vertrauen auf Individuum und Markt ist: In jeder Kindertagesstätte kümmert sich eine Fachkraft um mehrere Kinder. Aus dieser gemeinsamen Fürsorge folgen enorme Skalen-, Arbeitsteilungs- und Multiplikatoreffekte. Sie sind die ökonomische Voraussetzung für eine gerechte Verteilung der Sorgarbeit in der Zukunft.“ Mit dem Hinweis, kollektive oder gemeinschaftliche Sorgarbeit habe auch ökonomische Skaleneffekte, entkräftet Scholle die Behauptung, Care Arbeit sei per se arbeitsintensiv, teuer und nicht zu rationalisieren. Er liefert damit ein wichtiges Argument zur Diskussion um die Ausgestaltung der öffentlichen Investitionen, bei der immer wieder behauptet wird, Brücken und Panzer zu bauen, habe Multiplikatoreffekte, Investitionen in Kitas und Schulen aber nicht – weit gefehlt!

Bemerkenswert ist auch ein Beitrag von Max Hauser, einem weiteren Redakteur von Surplus: Er beschäftigt sich unter der Überschrift „Das Private ist ökonomisch“ mit Gary S. Becker und dessen theoretischen Beiträgen zum Thema Familie, Frauen und Gleichstellung. Es ist gut, dass jüngere Ökonomen die Bedeutung von Gary S. Becker für die Entwicklung der Wirtschaftspolitik, der Familien- und Sozialpolitik, der Bildungspolitik (Stichwort Humankapital) wieder aufgreifen und mit aktuellen Beispielen belegen, ist doch Gary S. Becker mit seinen Ansätzen einer der Stichwortgeber neoliberaler Politik und eine kritische Rezeption seiner Argumente gehörte schon in den 80er Jahren zum Standardrepertoire feministischer Ökonomiekritik.

Abschließend möchte ich noch auf den Beitrag von Xenia Müller eingehen, die sich unter der Überschrift „Die Entdeckung unsichtbarer Arbeit“ mit dem Leben und Werk von Silvia Federici beschäftigt, einer der wichtigsten Theoretikerinnen des Zusammenhangs von Geschlecht, Arbeit und Familie, deren Arbeiten noch heute zu den am häufigsten rezipierten feministischen Schriften gehören. Müller greift eine Kontroverse um Federicis Arbeiten auf: „So stehen wir heute vor einem Paradox: Frauen sind nun oft gezwungen, neben dem Hauptjob auch weiterhin die Hausarbeit kostenlos zu verrichten. Aus Gleichstellungserfolgen kann so häufig eine Doppelbelastung folgen. Federicis frühe Kritik an sozialistischen Feministinnen, dass der Eintritt in die Lohnarbeit die Frauen nicht befreien würde, hat sich bewahrheitet. Die geschlechtliche Aufteilung der Haus- und Fürsorgarbeit hat sich nicht signifikant verändert, weiterhin üben vor allem Frauen die unbezahlte Arbeit aus – neben der Erwerbsarbeit.“

Der Beitrag von Britta Sembach zur Familienpolitik

von Schwarz-Rot, in dem die Autorin alle wesentlichen aktuellen Probleme der Familien- und Sozialpolitik in den Blick nimmt, rundet den Schwerpunkt ab.

Ergänzt werden die Einzelbeiträge durch mehrere Seiten mit sehr gut aufbereiteten Statistiken zur Care Arbeit und zur demographischen Entwicklung sowie einer informativen Übersicht über die Geschichte der Kämpfe um Gleichstellung.

Eine insgesamt interessante und gelungene Ausgabe des Magazins Surplus – dessen andere Beiträge für kritische Ökonominnen und Ökonomen ebenfalls lesenswert sind.

<https://www.surplusmagazin.de/surplus-3-wir-kuemmern-uns/>

### Zur Autorin

**Friederike Maier**, Pensionierte Professorin für VWL an der HWR Berlin, Schwerpunkte Arbeitsmarkt, Beschäftigung, Feministische Ökonomie, Mitgründerin von efas und ehemalige Direktorin des Harriet Taylor Mill-Instituts für Ökonomie und Geschlechterverhältnisse an der HWR Berlin

## Hinweise auf interessante Neuerscheinungen

### Elgar Encyclopedia on Gender in Management

Elgar Encyclopedias in Business and Management series  
Edited by Jean Helms Mills, Professor Emerita, Albert J. Mills, Professor Emeritus, Department of Management, Saint Mary's University, Halifax, Canada, Kristin S. Williams, Director, F.C. Manning School of Business, Acadia University, Wolfville, Canada and Regine Bendl, Professor, Institute for Gender & Diversity in Organizations, Vienna University of Economics and Business, Austria

Bringing together an expert team of international contributors, this Encyclopedia showcases key aspects of gender in management, including women's leadership, mentoring women, managerial style and sexual harassment.

'The Elgar Encyclopedia on Gender in Management is a revelation, a provocative journey through topics long neglected. Gender theorists have received inadequate recognition even as they have uncovered profound organizational realities. Corporate leaders still deny the gender pay gap, examined in this volume with great precision by Geraldine Healy and Emily Pfefer. Pioneering women like FDR Labor Secretary Frances Perkins, profiled by Kristin Williams, have not been widely appreciated as authors of organizational change. Stephen Linstead and Garance Maréchal describe the global impact of caste and render visible what habituation renders invisible. There are many more exciting entries here, some perfect for summer reading.'

– David Jacobs, American University, US

'This Encyclopedia takes a refreshing and creative cut across multiple topics relevant for thinking about gender and management differently. It is a treasure-trove of insightful entries on both key subjects and more contemporary themes. I have already recommended it to colleagues and PhD students.'

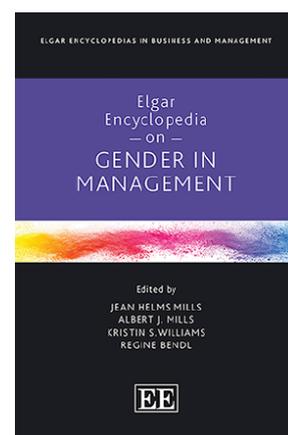
– Karen Dale, Lancaster University, UK

'This book is an excellent, globally oriented mapping of the state of the art of gender and management in research and practice, demonstrating the theoretical and topical width and depth of the field, profiling key authors and introducing emerging areas for future research.'

– Liisa Husu, Örebro University, Sweden

'This is a comprehensive and well-timed collection of entries that reflect contemporary development at the intersection of gender and management, as a field of inquiry and practice. The timeless and emerging entries are impressive and cover topics that matter across six continents.'

– Eddy Ng, Queen's University, Canada



2025  
512 pp  
Hardback 9 978 1 80392 205 8 78  
£229.50  
US\$315.00  
Elgar online 978 1 80392 206 5

## Nützliche Datenquelle für internationale Vergleiche zur Gleichstellung

The OECD Dashboard on Gender Gaps gives a snapshot of gender equality policies and outcomes across OECD countries and across policy domains in 5 broad groupings ([Education and Skills](#), [Employment and Entrepreneurship](#), [Public Life and Policy Tools](#), [Knowledge, Technology and Resources](#), [Health and Well-being](#)), supporting cross-country comparison.

Use our country selector above - and see below our "Country profiles" which present country data on a selected number of indicators benchmarked to the OECD average.

<https://www.oecd.org/en/data/dashboards/gender-dashboard.html>

## efas-AKTIVITÄTEN

### Tagungsbericht *efas*-Jahrestagung 2024

Rosa Weaver

Am 6.12.2024 fand anlässlich des 25-jährigen Jubiläums von *efas* die 22. *efas* Fachtagung mit dem Titel „25 Jahre *efas*: Stand und Perspektiven feministischer Ökonomie“ an der HTW Berlin statt. Eröffnet wurde die Tagung durch Grußworte der Präsidentin der HTW Berlin, Prof. Dr. Annabella Rauscher-Scheibe. Mit 50 Teilnehmenden und 10 Referierenden war die Tagung ein voller Erfolg.

In ihrem Begrüßungsvortrag blickte Prof. Dr. Friederike Maier (*efas*) auf die Geschichte des *efas*-Netzwerks zurück, das 2000 gegründet wurde. Aus einer kleinen Arbeitsgruppe entstand ein Forschungsprojekt zum Frauenanteil in den Wirtschaftswissenschaften. Daraus erwuchs ein bis heute arbeitendes Netzwerk zur Förderung von weiblichen Wissenschaftlerinnen und von Geschlechterforschung und den Wirtschaftswissenschaften. Im Rückblick auf gut zwei Jahrzehnte *efas* konstatierte Friederike Maier, dass *efas* zu einer nachhaltigen Verankerung der Geschlechterperspektive in den Wirtschaftswissenschaften beigetragen habe. In ihrem Vortrag betonte sie die Offenheit des Netzwerks hinsichtlich verschiedener feministischer Strömungen und ökonomischen Paradigmen, sowie das erbrachte ehrenamtliche Engagement zahlreicher Akteurinnen, wobei auch an verstorbene Mitstreiter\*innen

erinnert wurde.

Die Keynote hielt Prof. Dr. Dorothea Schmidt (Harriet-Taylor-Mill-Institut der HWR Berlin) mit dem Titel: Fortschritt, Stillstand, Rückschritt – Gender Matters? Sie sprach über das Verhältnis von Erwerbsarbeit und unbezahlter Haus- und Familienarbeit und wie sich die wirtschaftswissenschaftliche Sicht hierauf über die Jahre verändert hat.

Nach einer gemeinsamen Kaffeepause sprach Prof. Dr. Renate Ortlieb (Karl-Franzens-Universität Graz & *efas*) über [feministische Ansätze in der BWL und die Erfolge und Rückschläge bei deren Verankerung](#). Sie präsentierte anhand von Titeln feministischer Beiträge zu Tagungen und Zeitschriften die positive Entwicklung und das zunehmende wissenschaftliche Interesse an der Thematik und betonte gleichzeitig, dass die feministische Ökonomie eine „kleine Welt“ sei. Die Verankerung durch Professuren und Lehrgebiete müssten immer wieder neu errungen werden und es seien Rückschläge zu verzeichnen. Die Kombination von Diversity und feministischer Ökonomie sieht Ortlieb als ambivalent. Ihr Fazit: Dranbleiben!

Darauf folgte eine kritische Bilanz der Verankerung vielfältiger feministischer Ökonomie in der VWL durch Daniel Witzani-Haim und Eva Six von der Arbeiterkammer Wien. Sie gaben anhand ihrer Publikationen einen Einblick in die Vielfalt der Themen und Ansätze innerhalb der feministischen Ökonomie. Dabei unterstrichen sie die Bedeutung von analytischer Vielfalt und intersektionalen Perspektiven und stellten zum Schluss die Frage in den Raum, was die feministische Ökonomie heute braucht. Ihre Antwort: Professuren für feministische Ökonomie, mehr Daten über Zeitverwendung, die Weiterentwicklung von Gender Budgeting in Verwaltung und Politik und schließlich die Einbindung feministischer Perspektiven in die Wirtschaftspolitik!

Leider musste der Vortrag zur Situation von Frauen im Fach Ökonomie von Prof. Dr. Doris Weichselbaumer (Universität Linz) krankheitsbedingt ausfallen.

In einem Wrap-up des Vormittags fasste Prof. Dr. Mechthild Schrooten (Hochschule Bremen) die aktuellen Herausforderungen für die feministische Ökonomie zusammen. Sie unterstrich erstens die Wichtigkeit der Analyse von Machtverhältnissen und verwies auf die Macht der Eigentumsrechte, Finanzmärkte und Vermögensrechte. Zweitens seien die Quantifizierung von Indikatoren und der Praxisbezug wichtig, um das Kommunikationsmittel „Geld“ und deren Macht zu begreifen. Dafür müsse international und vernetzt gedacht werden. Drittens müsse zu diesem Thema Lehre und Forschung ausgebaut werden. Außerdem betonte sie, dass das Thema Diversity in diesem Kontext nicht mit Feminismus verwechselt oder gar feministische Ansätze vom Diversity-Paradigma verdrängt werden dürfen. Die anschließende Diskussion wurde von Prof. Dr. Friederike Maier moderiert.

Nach der Mittagspause, gefüllt mit anregenden Gesprächen und Austausch, fand das *efas*-Forschungsforum statt, bei dem die Nominierten für den *efas*-Nachwuchsförderpreis 2024 ihre Arbeiten vorstellten. Zuerst sprach Dr. Lisa de Vries (Universität Bielefeld) zu den Effekten von Diskriminierung bei Berufspräferenzen und Leitungspositionen von LGBTQ\* Personen. In ihrer Studie wurden zum einen unterschiedliche Jobpräferenzen von LGBTQ\* Personen mittels eines vergleichenden Surveys erhoben, wobei Faktoren wie ein gutes Arbeitsklima schwerer ins Gewicht fallen, als z.B. Aufstiegschancen. Zum anderen wurde der Einfluss von sexueller Orientierung auf den Zugang zu Führungspositionen untersucht. Die Ergebnisse zeigen, dass Frauen die lesbisch oder bisexuell sind, verstärkt Zugang zu Führungspositionen haben, und schwule und bisexuelle Männer dafür weniger. Referenzkategorie waren jeweils heterosexuelle Personen desselben Geschlechts. Erschwert wird eine vertiefende Forschung zu dieser Thematik durch die mangelhafte Datenlage zu sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität im Erwerbsarbeitskontext. Maya Heins (Goethe Universität Frankfurt) schloss mit der Vorstellung ihrer Masterarbeit an, in der sie eine feministische, polit-ökonomischen Analyse von Alternative Food Networks in Katalonien im Kontext des Klimawandels durchgeführt hat. Dabei wurden fünf Interviews ausgewertet, die darauf hindeuten, dass Frauen in der ökologischen Landwirtschaft präsenter sind und hier über mehr Wissen verfügen als Männer.

Im Anschluss fand die feierliche Preisverleihung an Tina Wang (Freie Universität Berlin) statt. Sie stellte ihre ausgezeichnete Bachelorarbeit vor, bei der es um Bildungsungleichheit im Zusammenhang mit der Einführung des Geburtsrechts bei der deutschen Staatsbürgerschaft ging. Die Haupteckdaten der Arbeit liegt darin, dass sich die Reform des Staatsangehörigkeitsgesetzes von 1999 weg vom Abstammungsprinzip hin zum Geburtsortprinzip positiv auf die Gymnasialbildung von Menschen mit Migrationshintergrund ausgewirkt habe. Heterogene Effekte lassen sich nach Geschlecht und kultureller Herkunft finden, wobei die Effekte für Jungen stärker sind als für Mädchen und die muslimische Herkunft (im Gegensatz zu kulturellen Kontexten) für Mädchen einen positiven Effekt mit sich bringt. Moderiert wurde die Preisverleihung durch Josephine Schmidt (*efas*), die Laudatio hielt Dr. Christine Rudolf (*efas*).

Auf die zweite Kaffeepause folgte eine Podiumsdiskussion mit dem Titel „Gemeinsam(e) Ziele verfolgen – Netzwerke feministischer Ökonomie im Gespräch“, zu der zahlreiche Vertreter\*innen verschiedener Netzwerke eingeladen waren. Hanna Völkle (HWR Berlin) moderierte die Diskussion. Einhellig wurde die Wichtigkeit der Zusammenarbeit zwischen den Netzwerken betont. Ebenso wurde die Notwendigkeit von Nachwuchsförderung in den bestehenden feministisch-ökonomischen Netzwerken unterstrichen, um diese zu erhalten und ihre Themen weiter voran zu bringen.



Begrüßung durch Friederike Maier



Beitrag von Ulrike Knobloch



Vortrag



Podiumsdiskussion



Preisverleihung

## Impressum

**Herausgeberinnen und Redaktion:** Prof. em. Dr. Friederike Maier und Dr. Sünne Andresen

**Satz:** Hannes Abraham

**Anschrift der Redaktion:** Geschäftsstelle *efas*, HTW Berlin, Treskowallee 8, 10318 Berlin

**Kontakt:** Telefon: 030 - 5019 3327, **E-Mail:** [efas-netzwerk@htw-berlin.de](mailto:efas-netzwerk@htw-berlin.de)

**Homepage:** <http://efas.htw-berlin.de>

Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und Zeichnungen übernimmt die Redaktion keine Haftung. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeberinnen oder der Redaktion wieder.

Die Geschäftsstelle wird u. a. durch das **Berliner Programm zur Förderung der Chancengleichheit für Frauen in Forschung und Lehre (BCP)** gefördert.